

## **WP-01**

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

---

## **NRW – NACHHALTIG. NATÜRLICH. ÖKOLOGISCH.**

### **1 Naturschutz/Naturerbe schützen**

2 Der Schutz der biologischen Vielfalt steht als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe im  
3 Zentrum unserer Naturschutzpolitik und erfordert ein umfassendes, ganzheitliches Den-  
4 ken. Rasante Veränderungen, u.a. bedingt durch Klimawandel, industrialisierte Landwirt-  
5 schaft und den immer noch fortschreitenden Flächenverbrauch stehen diesem Ziel jedoch  
6 zunehmend entgegen. Lebensstil und Wirtschaftsweise insbesondere in den Industrielän-  
7 dern bewirken im unmittelbaren Umfeld, aber auch in anderen Regionen der Welt einen  
8 dramatischen Verlust an Lebensräumen und Arten.

9 Zur Bewahrung der biologischen Vielfalt ist es notwendig, naturnahe Landschaften ebenso  
10 wie gewachsene Kulturlandschaften in einem integrierten, ganzheitlichen Ansatz zu er-  
11 halten. Bienen und andere Insekten sind unverzichtbar für die Ernährungsgrundlage einer  
12 wachsenden Weltbevölkerung. Monokulturen, Parasiten und Pflanzenschutzmittel haben  
13 jedoch weltweit zu einem rasanten Bienensterben geführt. Wir müssen vielfältige, art-  
14 erhaltende Bewirtschaftungsweisen fördern und setzen uns für eine Ökologisierung der  
15 Landwirtschaft sowie eine naturnahe, zukunftsorientierte und nachhaltige Waldwirtschaft  
16 ein. Wir setzen uns für eine ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft sowie der Wald-  
17 nutzung ein. Ebenso müssen Wasserwirtschaft, Jagd und Fischerei an ökologischen Ge-  
18 sichtspunkten ausgerichtet werden. Denn wir wollen den Naturschatz vor unserer Haustür  
19 flächendeckend mit allen regionaltypischen Besonderheiten erhalten und nachfolgenden  
20 Generationen ein intaktes Naturerbe übergeben.

### **21 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

22 Mit der Biodiversitätsstrategie NRW haben wir die Weichen für einen ambitionierten  
23 Schutz der Arten- und Lebensraumvielfalt gestellt und durch die Weiterentwicklung des

24 Landschaftsgesetzes zu einem umfassenden Landesnaturschutzgesetz das Fundament  
25 zur Wahrnehmung des Verfassungsauftrages für die Naturschutzförderung geschaffen.  
26 Eine besondere Chance für die Biodiversität bieten die zukünftig rund 100 Wildnis-  
27 Entwicklungsgebiete, in denen alle Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik ablaufen  
28 können. Für einen umfassenden Biotopverbund sind gut 15 Prozent der Landesfläche als  
29 „Bereiche für den Schutz der Natur“ gesichert. In diesen Vorranggebieten für den Natur-  
30 schutz sind Nutzungen ausgeschlossen, sofern diese mit dem Naturschutz nicht vereinbar  
31 sind. Im Ranking der Bundesländer beim Schutz unserer Wälder liegen wir nach Ausweis  
32 der Umweltorganisation Greenpeace auf Platz drei der 16 Bundesländer. Diese Politik zum  
33 Schutz von Umwelt und Natur wollen wir weiterführen.

## 34 **Stiftung Naturerbe**

35 Die für die Bewahrung des Naturerbes wichtigen Grundstücke aus dem Landesvermögen  
36 Nordrhein-Westfalens sollen in einer Stiftung zusammengefasst werden. Diese Flächen im  
37 Eigentum aller Bürger\*innen des Landes gilt es bestmöglich zu strukturieren und für den  
38 Naturschutz zu sichern.

## 39 **Zweiter Nationalpark in NRW**

40 Der erste und bisher einzige NRW-Nationalpark in der Eifel ist ein großer Erfolg, seit 2007  
41 hat sich die Zahl der Besucher fast verdoppelt. Der Bruttoumsatz ist durch den National-  
42 parktourismus seit 2007 von acht auf inzwischen 30 Millionen Euro angestiegen und dem-  
43 entsprechend hat auch die Zahl an Arbeitsplätzen zugenommen. Ein Nationalpark stärkt  
44 die Region und schafft neue Perspektiven. Deshalb wollen wir die Einrichtung eines Natio-  
45 nalparks Senne unter Federführung des Landes umsetzen und die natürliche Entwicklung  
46 des Nationalparks Eifel konsequent vorantreiben.

## 47 **Vorsorgender Natur- und Artenschutz**

48 Über den Naturschutz in Naturschutzgebieten hinaus brauchen wir einen integrierten An-  
49 satz auf möglichst vielen Flächen. Neben den entsprechenden Maßnahmen in der Land-  
50 wirtschaft wollen wir ein Konzept für ein Netz von Flächen in öffentlicher Hand innerhalb  
51 der intensiv genutzten Agrarlandschaft, entlang von Straßen, Wegen und Bahnlinien als  
52 Rückzugsgebiete für Tiere und Pflanzen erarbeiten. Flächen, die sich im Innen- und Außen-  
53 bereich bereits in öffentlicher Hand befinden, müssen ökologisch sinnvoll gepflegt wer-  
54 den. Wo solche Flächen fehlen, sollen sie erworben werden. Auch auf Hochwasserschutz-  
55 deichen sollen wertvolle bunte Wiesen entstehen oder erhalten werden. Zur Optimierung  
56 des Erhaltungszustandes und der Pflege von Schutzgebieten sowie zur Umsetzung der  
57 Biodiversitätsstrategie wollen wir das landesweite Netzwerk der Biologischen Stationen  
58 in NRW und die ehrenamtlich arbeitenden Umwelt- und Naturschutzverbände in ihrer Ar-  
59 beit weiterhin unterstützen.

60 Was uns bei der Gentechnik gelungen ist, sollte auch beim Einsatz von Stoffen gelingen,  
61 die für die Biodiversität schädlich sind. Neben dem vorsorgenden Gesundheitsschutz be-  
62 züglich der Wirkungen von Glyphosat wollen wir auch einen vorsorgenden Naturschutz,  
63 der die Anwendung von Herbiziden und Pestiziden zurückdrängt. Eine solche Strategie  
64 kommt nicht nur der Artenvielfalt, sondern auch der Lebensmittelwirtschaft entgegen.

65 Millionen Vögel sterben in Deutschland jährlich durch Kollision mit Glasfassaden an Ge-  
66 bäuden. Wir wollen zusammen mit den Kommunen wirksame Instrumente entwickeln, um  
67 dieses Sterben bei Neubauten, aber auch an Bestandsgebäuden zu vermeiden.

## 68 **Waldstrategie 2050**

69 So wie mit der Biodiversitätsstrategie wollen wir auch mit der Waldstrategie 2050 ei-  
70 nen gesellschaftlichen Grundkonsens zum Umgang mit unserem Wald beschreiben und  
71 konkrete Ziele und Maßnahmen entwickeln. Nach wie vor verfolgen wir das Leitbild, die  
72 produktionsorientierte Waldwirtschaft in allen Besitzarten mit den Beteiligten zu einer  
73 nachhaltigen und naturnahen Waldwirtschaft weiterzuentwickeln. Gleichzeitig wollen wir  
74 gerade den Kleinbesitzer\*innen oder auch den Menschen in urbanen Räumen die Mög-  
75 lichkeit eröffnen, über Waldgenossenschaften und/oder andere Bürgerwaldmodelle ande-  
76 re Eigentumsformen zu leben und Wald als Eigentümer\*innen konkret zu erfahren. Dies  
77 stärkt die Auseinandersetzung mit den verschiedenen wichtigen Waldfunktionen wie Le-  
78 bensraum für Tiere und Pflanzen, Erholungsraum, Klimaregulator, Luftfilter, Wasserspei-  
79 cher und nicht zuletzt auch Rohstoffproduzent, schafft neue Identifikationen und neues  
80 Waldwissen und sorgt nicht zuletzt für ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement und  
81 eine bessere Akzeptanz von Waldumbauprozessen.

82 Mischwälder mit einem hohen Anteil an Laubbestand sind weitaus stabiler als monokultu-  
83 relle Nadelholzbestände. Zudem müssen die Wälder von morgen klimaangepasste Sorten  
84 vorweisen, die den Wetterherausforderungen im wahrsten Sinne auch gewachsen sind.  
85 Der Landesbetrieb Wald und Holz übernimmt dabei die Rolle eines Musterbetriebes für  
86 ökologische Waldbewirtschaftung. Er berät hierzu die privaten Waldbesitzer und betreut  
87 Pilotprojekte zur Weiterentwicklung ökologischer Programme.

88 Neben der Verwirklichung auf landeseigenen Waldflächen wird es eine große Herausfor-  
89 derung sein, auch die vielen Privatwaldbesitzer\*innen von den Vorteilen einer zukunfts-  
90 fähigen, klimaangepassten und nachhaltigen Dauerwaldbewirtschaftung zu überzeugen.  
91 Dazu wollen wir die Möglichkeiten der Laubholznutzung im Rahmen einer aktiven Clus-  
92 terpolitik offensiv ausbauen.

## 93 **Landeswaldgesetz**

94 Aufbauend auf der Waldstrategie 2050 wollen wir das Landesforstgesetz zu einem Landes-  
95 waldgesetz weiterentwickeln, das den sich verändernden gesellschaftlichen Bedürfnissen  
96 gerecht wird und durch eine nachhaltige, ökologische Waldbewirtschaftung den Arten-  
97 schutz angemessen berücksichtigt. Die nordrhein-westfälischen Waldbesitzer\*innen sind

98 mit ihrem nachhaltig und regional erzeugten, qualitativ hochwertigen Rohstoff Holz zu-  
99 verlässige Partner\*innen der Holzwirtschaft. Wichtige Partner\*innen bei der Umsetzung  
100 der Biodiversitätsstrategie im Wald sind sowohl Waldbesitzer\*innen, die auf nachhaltige  
101 und klimaangepasste Bewirtschaftung umstellen wollen, sowie hier aktive Naturschutz-  
102 verbände und Biologische Stationen.

## 103 **Gehölzpflege an Landes- und Bundesstraßen**

104 Die in den letzten Jahren immer wieder auftretenden Kahlschläge im Rahmen der Ge-  
105 hölzpflege an Landes- und Bundesstraßen führen bei den Bürger\*innen zu Unverständnis  
106 und Verärgerung. Um zukünftig sicherzustellen, dass die im Sinne der Verkehrssicherheit  
107 notwendige Pflege des Straßenbegleitgrüns in Übereinstimmung mit den Standards des  
108 Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutzes erfolgt, fordern wir die Entwicklung verbindli-  
109 cher Pflegestandards und die Übertragung der Ressourcen und der Verantwortlichkeit für  
110 die Pflegemaßnahmen in die Zuständigkeit des Landesbetriebs Wald und Holz.

## 111 **Landwirtschaft für den Artenschutz gewinnen**

112 Eine immer stärker industrialisierte Landwirtschaft, die die eigenen Produktionsgrundla-  
113 gen – Wasser, Boden und Luft – nicht schont, ist mitverantwortlich für einen hohen Arten-  
114 schwind in der Kulturlandschaft. Neben gesetzlichen Regelungen wollen wir die Bäuerin-  
115 nen und Bauern dafür gewinnen, wieder stärker im Einklang mit der Natur zu wirtschaften  
116 und mehr für die Artenvielfalt zu tun. Diese Zusammenhänge sollen zukünftig bei der  
117 landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung stärker berücksichtigt werden.

118 Im Rahmen einer Strategie „Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung“ soll das koopera-  
119 tive Programm „Gute Naturschutzfachliche Praxis“ aufgelegt werden. Insektenfreundliche  
120 Saatmischungen, sinnvolle Fruchtfolgen, die Pflege von Streuobstbeständen und Anlage  
121 von Blühstreifen sind nur vier Beispiele, die zeigen, wo die Praxis des aktiven Naturschut-  
122 zes Teil der landwirtschaftlichen Arbeit wird.

## 123 **Managementpläne für Wolf und Biber**

124 Derzeit kehren Biber und Wolf auf natürliche Weise nach Nordrhein-Westfalen zurück. Mit  
125 umfangreichen, praxisnahen Managementplänen, die unter anderem auch finanzielle Ent-  
126 schädigungen für geschädigte Nutztierhalter\*innen vorsehen, sowie einem landesweiten  
127 Berater\*innen-Netzwerk sorgen wir für Aufklärung und Akzeptanz in der Bevölkerung und  
128 stehen an der Seite der Nutztierhalter\*innen und Grundbesitzer\*innen.

## 129 **Naturschutz – Das wollen wir GRÜNE:**

- 130 • eine Stiftung Naturerbe einrichten
- 131 • einen zweiten Nationalpark schaffen

- 132 • eine Waldstrategie 2050 auflegen
- 133 • ein Ökologisches Landeswaldgesetz für NRW.

## 134 Ökologische Jagd

135 Der Zweck der Jagd hat sich im gesellschaftlichen Bewusstsein der vergangenen Jahrzehn-  
136 te verändert. Es geht zunehmend um den Schutz von Wald und Wildtieren und weniger  
137 um den einzelnen Abschuss und das Erlangen von Trophäen. Jägerinnen und Jäger leisten  
138 einen wichtigen Dienst für die Allgemeinheit.

### 139 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

140 Wir haben das Jagdgesetz an rechtliche, ökologische und gesellschaftliche Erfordernisse  
141 und Entwicklungen angepasst. Statt Trophäenjagden und Abschussplänen sind insbeson-  
142 dere die tierschutzfachlichen und ökologischen Aspekte in den Vordergrund gerückt wor-  
143 den. So wurde der Katalog der jagdbaren Arten verkleinert, der Katzenabschuss verboten  
144 und die Fang- und Baujagd deutlich eingeschränkt.

145 Bei der Ausbildung der Jagdhunde muss ebenfalls stärker auf den Tierschutz geachtet wer-  
146 den, so ist unter anderem der Einsatz flugunfähig gemachter Enten untersagt. Außerdem  
147 wurden die Jagdzeiten angepasst und ein Monitoring in Form eines Vegetationsgutachtens  
148 eingeführt. Dies soll helfen, Schäden in unseren Wäldern aufgrund überhöhter Wildbestän-  
149 de zu erkennen und für ein ausgewogenes Wald-Wild-Verhältnis sorgen. Wir werden uns  
150 auch zukünftig dafür einsetzen, dass die Jagd bei neuen Erkenntnissen des Tierschutzes  
151 und der Ökologie weiter verbessert wird.

152 Es gilt nun, die neuen gesetzlichen Regelungen in Bezug auf ihre Wirkung zu evaluieren  
153 und die gestellten Monitoranforderungen konkret auszufüllen. Gerade im Hinblick auf den  
154 nach wie vor latenten Konflikt zwischen Wald und Wild sollen besondere Schwerpunkt-  
155 setzungen erfolgen.

## 156 Wasser

157 Die Ressource Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und der Zugang zu sauberem Wasser  
158 in ausreichender Menge ist ein grundlegendes Menschenrecht für heutige und kommen-  
159 de Generationen, das politisch immer wieder neu erstritten und gesichert werden muss.  
160 Nordrhein-Westfalens Landesfläche ist zu etwa zwei Prozent von Wasser bedeckt. Die  
161 Fließgewässer addieren sich auf eine Länge von insgesamt 50.000 Kilometer. Hier be-  
162 finden sich nur 6 % der Fließgewässer und 56 % des Grundwassers in einem guten Zu-  
163 stand. In den landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebieten ist die Nitratkonzentration  
164 seit Anfang der 90er Jahre gleichbleibend hoch oder steigt sogar an. Die sehr hohe Bevöl-  
165 kerungsdichte, bundesweit einmalig viele industrielle und gewerbliche Einleitungen und  
166 die intensive Landwirtschaft, durch die erhebliche Mengen an Dünge- und Pflanzenschutz-  
167 mitteln ins Grundwasser sowie in Bäche und Flüsse gelangen, hinterlassen ihre Spuren.

168 Über 1.300 Industrieanlagen leiten Abwässer direkt ein. 2013 wurden 2,5 Milliarden Kubik-  
169 meter Wasser als Kühlwasser genutzt. Die Folgen des Stein- und Braunkohlebergbaus auch  
170 für unsere Gewässer sind unübersehbar. Schadstoffeinträge, Mikroplastik, Medikamenten-  
171 rückstände, resistente Keime bedrohen zunehmend unser Wasser. Der Klimawandel mit  
172 seinen vermehrt auftretenden extremen Wetterereignissen – Dürreperioden, Starkregen,  
173 trocken gefallene Flüsse, Überflutungen – wird zur wachsenden Herausforderungen an  
174 das Wasserland Nordrhein-Westfalen.

## 175 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

176 Mit der Novelle des Landeswassergesetzes zielen wir auf die nachhaltige Verbesserung  
177 der ökologischen Qualität der Gewässer in NRW. Wir haben die kommunale Wasserver-  
178 sorgung durch ein Wasserversorgungskonzept und klare Regeln der Pflichten zu Wasser-  
179 versorgung gestärkt, die Grundlage für eine landesweite Wasserschutzgebietsverordnung  
180 gelegt, ein Abgrabungsverbot in bestimmten Wasserschutzzonen geregelt, die Regelungen  
181 zum Schutz der Gewässerrandstreifen verbessert, für mehr Transparenz bei den Wasser-  
182 verbänden gesorgt und sichergestellt, dass diese sich nicht ihren Verpflichtungen etwa  
183 aus dem Altbergbau entziehen können. „Fracking“ haben wir über den Landesentwick-  
184 lungsplan rechtlich ausgeschlossen. Gegenüber allen Versuchen zur Privatisierung der  
185 Wasserversorgung in Europa haben wir klar gemacht: Die Wasserversorgung in Nordrhein-  
186 Westfalen ist und bleibt als Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand:  
187 Wasser ist kein Handelsgut!

## 188 **Naturnahe Gewässerentwicklung voranbringen**

189 Über das Erreichte hinaus bleibt es unsere Aufgabe, die naturnahe Gewässerentwicklung  
190 voranzubringen. Wir wollen dem Schutz unserer Gewässer zukünftig einen noch höhe-  
191 ren Stellenwert geben. Die Einleitung von gefährlichen Stoffen wollen wir so schnell wie  
192 möglich unterbinden, den vorsorgenden Hochwasserschutz weiterentwickeln und die In-  
193 frastruktur der Ver- und Entsorgungssysteme in der Wasser- und Abwasserwirtschaft auf  
194 hohem Niveau sicherstellen. Datenverbünde zwischen dem Land und den Kommunen sol-  
195 len der Verknüpfung von Umweltdaten und der Minimierung von Aufwendungen dienen.  
196 Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in NRW muss beschleunigt und der vorsor-  
197 gende ökologische Hochwasserschutz sowie die Starkregenprävention in der Regional-  
198 und Bauleitplanung verankert werden.

## 199 **Lebendige Gewässer**

200 Lebendige, dynamisch fließende Gewässer mit naturnahen Auen oder zumindest ausrei-  
201 chenden Entwicklungsräumen erhöhen die Biodiversität und sind bedeutende Vernet-  
202 zungsstrukturen im Biotopverbund. Sie ermöglichen Wanderfischen wie Aal, Lachs und  
203 Maifisch; vom Meer ins Land zukommen und gewährleisten einen natürlichen Hochwasser-  
204 schutz. Das Zielartengewässerkonzept des Landes NRW ist hierbei ein geeigneter Ansatz.  
205 Ökologisch wertvolle Gewässer bilden Erholungszonen für den Menschen in der Stadt und

206 auf dem Lande und tragen zur Identifikation der Menschen mit ihren Gewässern bei. Wir  
207 nehmen die europaweit geltende Vorgabe ernst, dass unsere Gewässer und unser Grund-  
208 wasser spätestens 2027 wieder einen naturnahen Zustand erreichen sollen. Das 2010 be-  
209 gonnene Programm „Lebendige Gewässer“ wollen wir fortsetzen. Dies ist eine Pflichtauf-  
210 gabe der Kommunen und der Wasserverbände, die nicht an der jeweiligen Kassenlage  
211 orientiert werden darf.

212 Nordrhein-Westfalen hat sich aktiv an dem Maßnahmenprogramm 2015 bis 2018 für die  
213 Flußgebietseinheit Weser beteiligt. 2018 soll die Wirksamkeit der Maßnahmen in einem  
214 Werra-Weser-Check überprüft werden. Wir werden die Begleitung und Überprüfung zur  
215 Verbesserung der Wasserqualität an Weser und Werra weiterführen. Überall im Land wollen  
216 wir Modell-Regionen für Wasser-Kreisläufe ermöglichen. So können gelungene Beispiele  
217 für die Wiederherstellung des guten ökologischen Gewässerszustandes Vorbild für andere  
218 Landesteile sein und neue Ideen und Techniken beim Gewässerschutz etabliert werden. Im  
219 Sinne der Europäischen Wasserrahmen-Richtlinie wollen wir unsere Fließgewässer wie-  
220 der für ihre Bewohner durchgängig machen und ihnen so einen Teil ihrer ursprünglichen  
221 Dynamik zurückgeben.

## 222 **Grüner Rhein**

223 Mit einem umfassenden, großen und grünen Infrastruktur-Projekt „Grüner Rhein“ ver-  
224 knüpfen wir Klima-, Umwelt- und Naturschutz mit einer nachhaltigen Wasser- und  
225 Schifffahrtspolitik. Analog zu unseren Niederländischen Nachbarn („Ruimte voor de ri-  
226 vier“/Grensmaats“) wollen wir ein Programm „Grüner Rhein“ auf den Weg bringen, das  
227 Leben und Wasser nachhaltig miteinander in Beziehung setzt und dabei gleichermaßen Si-  
228 cherheitsfragen sowie die Verstärkung der ökologischen, landschaftlichen und wirtschaft-  
229 lichen Funktionen des Rheins verknüpft. Insgesamt soll „unserem“ Rhein wieder mehr  
230 Raum gegeben werden, damit Auenlandschaften entstehen können, ggfs. Altarme belebt  
231 werden und die ökologischen Funktionen und die Funktionen des integrierten Hochwas-  
232 serschutzes gestärkt werden.

233 Die Speicher- und Filterfunktion von Kies, Sand und Kalksteinen für unser Grundwasser wie  
234 auch der Erhalt der Kulturlandschaften und die Vermeidung von Flächenfraß müssen beim  
235 Abbau dieser Rohstoffe zugunsten einer nachhaltigen Rohstoffpolitik viel stärker gewich-  
236 tet werden. Dabei können umweltverträgliches Rohstoff-Recycling und Rohstoffabgaben  
237 wichtige Instrumente sein.

## 238 **Mikroeinträge reduzieren**

239 Eine zunehmende Belastung unserer Gewässer stellen die verschiedenen Mikroeinträge  
240 dar. Dazu zählen winzige Kunststoffpartikel etwa aus Kleidungsabrieb und Kosmetik- und  
241 Hygieneartikelzusätzen, aber auch Medikamentenrückstände insbesondere aus den Ab-  
242 wässern von Mastbetrieben und Krankenhäusern. Über den Bundesrat streben wir ein  
243 Verbot von Mikroplastik an. Gemeinsam mit Produzent\*innen wollen wir den Eintrag von  
244 Mikroplastik schon an der Quelle verhindern. Unser Ziel ist es, Mikroplastik aus zahlrei-  
245 chen Hygiene- und Kosmetikprodukten zu verbannen, die entsprechenden Inhaltsstoffe zu

246 kennzeichnen und vorbildliche Produkte hervorzuheben. Wir streben eine Verbesserung  
247 der Klärtechnologien an und wollen eine vierte Reinigungsstufe in den Kläranlagen oder  
248 bei den Verursachern einführen, wo es zum Schutz unserer Oberflächengewässer notwen-  
249 dig ist. Gemeinsam mit Apotheken, Krankenhäusern und Praxen schaffen wir eine Modell-  
250 region zur Erprobung eines einheitlichen, einfachen und verbindlichen Rückgabesystem  
251 für alte Medikamente.

252 Ferner streben wir ein Beratungssystem für Ärzte und Apotheker zur Umweltverträglichkeit  
253 von Medikamenten an. Wir wollen die Möglichkeit einer Umweltabgabe auf besonders  
254 problematische freiverkäufliche Arzneimittel prüfen und in den Bundesrat einbringen.

## 255 **Luft**

256 Die Belastung der Luft mit Schadstoffen stellt besonders in den Ballungsräumen unseres  
257 Landes nach wie vor ein erhebliches Umwelt- und Gesundheitsproblem dar. Der Grenzwert  
258 für Stickstoffdioxid ist in vielen Städten überschritten, ein Vertragsverletzungsverfahren  
259 der EU-Kommission ist eingeleitet und Klagen der Deutschen Umwelthilfe sind anhän-  
260 gig.

### 261 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

262 Ohne gute Luft kein gesundes Leben. In den letzten Jahren konnten wir die Qualität der Luft  
263 verbessern. Durch die Umsetzung der in den Luftreinhalteplänen festgelegten Maßnah-  
264 men konnten wir die Feinstaubwerte zumindest so weit senken, dass die EU-weit gelten-  
265 den gesundheitsbezogenen Grenzwerte nicht mehr überschritten werden. Mit Projekten  
266 zur Prüfung der Wirksamkeit von Nachrüstsystemen haben wir die Emissionsproblematik  
267 der Binnenschifffahrt aufgegriffen und Aktivitäten zu deren Minderung auf nationaler und  
268 EU-Ebene angestoßen.

### 269 **Umfassende Aufklärung des Abgasskandals**

270 Wir werden uns auch in Zukunft für gute Luft einsetzen. Um der Gesundheit der Men-  
271 schen willen setzen wir uns für die umfassende Aufklärung des Abgasskandals und seiner  
272 Auswirkungen auf die verkehrsbezogene Luftreinhaltung durch die Bundesregierung ein.  
273 Wir werden eine umfassende NOx-Minderungsstrategie für NRW erarbeiten und umsetzen  
274 sowie regionale Maßnahmen der Luftreinhalteplanung weiterentwickeln. Dort, wo lokale  
275 Fahrverbote für Dieselfahrzeuge unumgänglich sind, werden wir uns dafür einsetzen, dass  
276 die Ersatzansprüche gegen die Automobilhersteller\*innen durchgesetzt werden und dass  
277 die Maßnahmen für die Halter\*innen fair und ohne soziale Härten ablaufen.



## 278 **Perspektive emissionsfrei mobil 2030**

279 Wir streben die verbesserte Zusammenarbeit zwischen der Umwelt- und Verkehrsplanung  
280 an und fördern die emissionsfreie Mobilität besonders in unseren Innenstädten. In wei-  
281 teren Abstimmungsverfahren zwischen den Ländern und dem Bund setzen wir uns da-  
282 für ein, wirksame Maßnahmen und deren Finanzierung zur Luftreinhaltung im Sinne des  
283 vorbeugenden Gesundheitsschutzes zu erarbeiten und eine steuerliche Förderung zum  
284 Nachrüsten von Fahrzeugen bspw. auch von Handwerker\*innen, sowie die Umrüstung im  
285 öffentlichen Verkehr fördern.

## 286 **Umwelt- und Gesundheitscheck bei Bauprodukten**

287 Die zunehmende Vielfalt von Chemikalien in Bauprodukten kann insbesondere bei Ge-  
288 bäuden mit einer hohen Luftdichtheit zu einer Belastung der Innenraumlufte führen.  
289 Deshalb müssen die Emissionen aus Bauprodukten verringert werden. Wir fordern, den  
290 Gesundheits- und Umweltschutz bei der Überprüfung und Zulassung von Bauprodukten  
291 weiterzuentwickeln und auszubauen. Zudem soll die Möglichkeit des Baustoffrecyclings  
292 schon bei der Zulassung mit- berücksichtigt werden.

## 293 **Schwermetallminderungsstrategie**

294 Die Umweltqualitätsnormen für Schadstoffe wie Schwermetalle, Arsen, zinnorganische  
295 Verbindungen, schwerflüchtige Halogenverbindungen u.a., die die europäische Wasser-  
296 rahmenrichtlinie vorgeben, sind deutschlandweit, aber auch in NRW flächendeckend über-  
297 schritten. Industrieanlagen verursachen mit etwa drei Tonnen Ausstoß an Quecksilber pro  
298 Jahr fast ein Drittel der Quecksilberemissionen in Deutschland. Hauptverursacher sind  
299 die Kohlekraftwerke mit über zwei Tonnen pro Jahr. Durch den Einsatz moderner Tech-  
300 nik können die Quecksilberemissionen in NRW deutlich gesenkt und damit die Belas-  
301 tung für Mensch und Umwelt reduziert werden. Solange noch Kohlekraftwerke in Betrieb  
302 sind, werden wir uns dafür einsetzen, die technischen Möglichkeiten in einer umfassenden  
303 Schwermetall-Minderungsstrategie maximal auszuschöpfen.

## 304 **Meine Stadt atmet durch**

305 Im Rahmen eines neuen landesweiten Wettbewerbs „Meine Stadt atmet durch“ werden  
306 gute instrumentelle und planerische Beispiele für ein gesundes Stadtklima gewürdigt und  
307 können als Vorbild für eine landesweite Reduktion der Schadstoffbelastung in Ballungs-  
308 räumen und Städten dienen.

## 309 **Boden/Fläche**

310 Fläche und Freiraum sind ein wertvolles und zugleich begrenztes Gut. Nach den letzten  
311 Erhebungen werden in NRW noch immer über 9 Hektar pro Tag beansprucht, die nicht  
312 mehr der Landwirtschaft, dem Naturschutz und der Erholung zur Verfügung stehen. Nega-  
313 tive Auswirkungen sind der Verlust von fruchtbaren Böden, Artenvielfalt, Verschärfung von  
314 Hochwasserereignissen, die Zerschneidung von Landschaften und somit auch ein Verlust  
315 von Lebensqualität.

316 Die Flächenkonkurrenz wird verstärkt durch den Bedarf an Gewerbeflächen sowie Wohn-  
317 raum in und am Rande der Großstädte. Städtebaulich führt das dazu, dass Städte und Ge-  
318 meinden in die Landschaft hineinragen und es führt zu Wohnungsleerständen in schrump-  
319 fenden Regionen. Um diesen Flächenbedarf zu decken, ist es erforderlich, geeignete Flä-  
320 chen in den Gemeinden und Städten des Landes zu ermitteln und ggf. aufzubereiten. Die  
321 Altlastenerkundung und -sanierung wollen wir weiter vorantreiben, denn in NRW schlum-  
322 mern noch zahlreiche Altlasten in den Böden. Sie sind eine latente Gefahr für unsere Um-  
323 welt, insbesondere unser Wasser, und sie verhindern nicht selten die Reaktivierung und  
324 Nutzung von Flächen im Innenbereich. Daher wollen wir im Schulterschluss mit der Wirt-  
325 schaft noch stärker auch die Aufbereitung solcher Flächen angehen und damit aktiven  
326 Umwelt- und Ressourcenschutz betreiben. Um unsere Anstrengungen verstärken zu kön-  
327 nen, wollen wir die Mittel unter Beteiligung der Wirtschaft zur Altlastensanierung deutlich  
328 aufstocken.

## 329 **Wasser, Boden, Luft – Das wollen wir GRÜNE:**

- 330 • die naturnahe Gewässerentwicklung voranbringen
- 331 • ein Infrastrukturprojekt „Grüner Rhein“ auf den Weg bringen
- 332 • Mikroeinträge reduzieren
- 333 • eine NOx-Minderungsstrategie und eine Schwermetallminderungsstrategie erarbei-  
334 ten
- 335 • die Altlastensanierung und –voranbringen.

## 336 **Das Land entwickeln**

337 NRW ist dicht besiedelt, hoch industrialisiert und eine Verkehrsdrehscheibe in Deutschland  
338 und Europa. An den begrenzten Raum und seine Ressourcen werden vielfältige Nutzungs-  
339 ansprüche für die Bereitstellung von Flächen für Wohnsiedlungs- und Freizeitnutzungen,  
340 Gewerbe, Industrie und Handel, die Verkehrs- und technische Infrastruktur, die Sicherung  
341 der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen sowie die Sicherung der Flächen für Natur-  
342 und Wasserschutz oder den Schutz vor Hochwasser. Mit einer nachhaltigen Landesent-  
343 wicklungsplanung zielen wir darauf, die diversen Nutzungsansprüche bestmöglich auf-  
344 einander abzustimmen.

345 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

346 Die letzte Wahlperiode war für die nachhaltige Entwicklung unseres Landes ein großer  
347 Erfolg. Durch die Neufassung des Landesplanungsgesetzes haben wir für verbesserte Bür-  
348 gerbeteiligung, eine Entschlackung der Vorschriften und für starke und effektive Planungs-  
349 prozesse gesorgt. Mit dem neuen Landesentwicklungsplan (LEP) haben wir eine Vielzahl  
350 neuer Akzente gesetzt. Das 5-ha-Ziel – also die Begrenzung des derzeit etwa bei 9 ha pro  
351 Tag liegenden Flächenverbrauchs auf täglich maximal 5 ha – wurde für NRW eingeführt  
352 und damit erstmals in einem Landesentwicklungsplan eine Strategie gegen den weiteren  
353 Flächenverbrauch festgelegt. Die Ausweisung zusätzlicher Gebiete für Windenergie, ein  
354 Fracking-Verbot, mehr Klimaschutz und eine Kategorisierung vom Häfen und Flughäfen  
355 sowie die landesplanerische Absicherung eines zweiten Naturparks Senne sind weitere  
356 Erfolge des neuen LEPs. Er ist ein Meilenstein für eine nachhaltige Entwicklung unseres  
357 Landes.

358 Der LEP muss nun konsequent umgesetzt werden. Er hat deutlich gemacht, dass die Ent-  
359 wicklung unseres Bundeslandes stärker integrativ betrachtet werden muss. Aus den Er-  
360 gebnissen werden wir weitere Ansätze für nachhaltige Entwicklung ableiten. Auch die  
361 Regionalpläne werden wir begleiten und eine Durchsetzung der LEP-Vorschriften erwir-  
362 ken. Durch ein landesweites Monitoring soll sichergestellt werden, dass zukünftig Flächen  
363 nur dann als Bauland ausgewiesen werden, wenn es dafür vor Ort konkreten Bedarf gibt.  
364 Langfristiges Ziel ist es, den Nettoverbrauch auf Null zu senken.

365 Die Wiedernutzung von Brachflächen, die oft in Verbindung mit der Sanierung von Alt-  
366 lasten steht, ist in Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Baustein für eine flächensparende  
367 und klimaangepasste Siedlungs- und Gewerbeentwicklung. Bevor weitere Freiflächen ge-  
368 nutzt werden, gilt es intensiv zu prüfen, inwieweit vorhandene Infrastrukturen umgenutzt  
369 werden können.

370 **Lärm**

371 Lärm macht krank! Lärm ist ein weit verbreiteter Stressfaktor und Ursache für Schlafstö-  
372 rungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. In den Ballungsräumen Nordrhein-Westfalens  
373 stellen hohe Lärmbelastungen ein erhebliches Umwelt- und Gesundheitsproblem dar. Et-  
374 wa 1,4 Millionen Menschen sind in Nordrhein-Westfalen gesundheitsschädlichen Lärm-  
375 pegeln ausgesetzt. Hauptlärmquelle in den Städten ist nach wie vor der Verkehr auf der  
376 Straße und der Schiene, aber auch der Luftverkehr.

377 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

378 Mit einer umfassenden Lärminderungsstrategie und dem Aktionsbündnis „NRW wird lei-  
379 ser“ haben wir die Reduzierung des Umgebungslärms vorangetrieben. Dennoch reichen die  
380 bestehenden rechtlichen Regelungen nicht aus, Bereiche mit sehr hohen Lärmbelastungen  
381 zu entlasten und dem Entstehen neuer Lärmprobleme vorzubeugen.

## 382 **Lärmreduzierung auf Straße, Schiene und in der Luft**

383 Um dem Anspruch eines ganzheitlichen, gesundheitsbezogenen Lärmschutzes gerecht zu  
384 werden, bedarf es einer Gesamtlärbetrachtung. Wir setzen uns dafür ein, die dazu erforderlichen  
385 Methoden zu entwickeln und die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

386 Wir werden dafür streiten, die Regelungen zum Verkehrslärmschutz bundesweit zu verbessern,  
387 und darauf drängen, dass der Bund sich an der Finanzierung der Lärmsanierung an kommunalen  
388 Straßen finanziell beteiligt. Wir wollen den Lärmschutz bei bestehenden Straßen und Schienenwegen  
389 stärken, indem die Auslösewerte für Sanierungsmaßnahmen gesenkt werden und ein Rechtsanspruch  
390 auf Lärmschutzmaßnahmen geschaffen wird. Ebenso wollen wir sowohl über Initiativen auf Bundesebene  
391 als auch im Rahmen der Landeszuständigkeiten beim Luftverkehr verschiedene wirksame Maßnahmen für  
392 einen besseren Schutz vor Fluglärm ergreifen. (Näheres dazu im Kapitel: NRW – Zukunft durch Innovation,  
393 Flugverkehr)  
394

395 Der Ausgleich zwischen den Interessen an Freizeitgestaltung und dem Bedürfnis nach Ruhe wird  
396 aufgrund einer immer stärkeren Flexibilisierung von Arbeitszeiten und geänderten Freizeitverhalten  
397 insbesondere in den Ballungsräumen immer schwieriger. Hierzu streben wir einen Dialogprozess an.  
398

## 399 **Abfall**

400 Zentrales Element einer grünen Abfallpolitik ist eine auf Ressourcenschutz, Schadstoff- und  
401 Abfallvermeidung ausgerichtete Produktion. Wir wollen zum einen langlebige und reparierbare  
402 Produkte aus umweltverträglichen Materialien, zum anderen Produkte, die biologisch abbaubar  
403 oder gut recycelbar sind. Dies bedeutet produkt- und produktionsintegrierten Umweltschutz  
404 sowie die Förderung umweltfreundlicher und innovativer Technologien, z.B. nachwachsende  
405 Rohstoffe. In diesem Sinne setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Produktverantwortung  
406 der Hersteller über den gesamten Lebenszyklus eines Produkts verpflichtend ausgebaut wird.  
407

408 Wir wollen eine stetige Verringerung des Abfallaufkommens erreichen. Abfallvermeidungsprogramme  
409 wollen wir weiter ausbauen und stärken. Initiativen zur Wiederverwertung, Repair Cafés u.a. wollen  
410 wir aktiv unterstützen und fördern. Um die Förderung von sortenreiner Erfassung recyclingfähiger  
411 Wertstoffe zu erreichen, ist eine konsequente Getrennthaltung von Abfällen an der Entstehungsquelle  
412 sicherzustellen. Dies gilt gleichermaßen für die Abfälle aus privaten Haushalten als auch aus den  
413 Gewerbebetrieben. Die Sammlung und Verwertung von Siedlungsabfällen ist ein wesentlicher  
414 Bestandteil der Daseinsvorsorge und gehört in die kommunale Verantwortung.  
415

416 Die Kommunen waren es in der Vergangenheit, die die getrennte Erfassung von Papier, Glas, Bio- und  
417 Grünmaterial, E-Geräten, schadstoffhaltigen Abfällen u.v.m. überhaupt erst eingeführt haben. Ohne  
418 ein langfristiges und zuverlässiges System zur Erfassung und Verwertung von Abfällen erreicht man  
419 dauerhaft keine hohen Recyclingquoten. Hier können

420 die Kommunen die politische Steuerungsfähigkeit und Kontrolle gewährleisten. Die Kom-  
421 munen müssen entscheiden können, ob sie in Eigenregie oder mit Dritten die Wertstoff-  
422 sammlung betreiben wollen. Sie können viel näher entscheiden, in welchen Siedlungsge-  
423 bieten mit welchen Sammelsystemen eine Getrenntsammlung von Wertstoffen für die Um-  
424 setzung von hohen Recyclingquoten möglich ist (Wertstofftonne, Gelber Sack oder Bring-  
425 höfe).

426 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass es bei einem an die Stelle der Verpackungsverord-  
427 nung tretenden Wertstoffgesetz zukünftig keine Systembetreiber mehr gibt, sondern ei-  
428 ne zentrale Stelle, die keine Lizenzgebühren erhebt, sondern an Produkten, Wertstoffen  
429 (Schadstoffgehalt, Reparaturfähigkeit und Langlebigkeit), den Recyclingquoten und Kos-  
430 ten der Erfassung orientierte Abgaben erhebt. Sie wacht über die Recyclingquoten für die  
431 einzelnen Wertstoffe und bezieht alle Materialien gleicher Art ein. Was für ein neues Wert-  
432 stoffgesetz gilt, muss auch bei einer Novellierung der Gewerbeabfallverordnung beachtet  
433 werden. Auf Landesebene wollen wir das Landesabfallgesetz mit dem Blick auf die Res-  
434 sourcenschonung novellieren.

### 435 **Lärm und Abfall – das wollen wir GRÜNE:**

- 436 • Lärmschutz bei Straßen und Schienenwegen stärken
- 437 • Lärmemissionen reduzieren
- 438 • Wertstoffgesetz statt Verpackungsordnung
- 439 • das Landesabfallgesetz zur Stärkung der Ressourcennutzung novellieren.

### 440 **Umweltschutz braucht Umweltschützer\*innen**

441 Wir haben die Umweltgesetze in den letzten Jahren deutlich verbessert. Damit sie auch  
442 befolgt werden, brauchen wir eine effiziente und durchsetzungsstarke Umweltverwaltung.  
443 Während unter der CDU/FDP-Regierung zwischen 2005 und 2010 die staatlichen Um-  
444 weltämter zerschlagen, massiv Überwachungspersonal abgebaut wurde, haben wir seit  
445 2010 über 350 Stellen allein im technischen Umweltschutz zusätzlich geschaffen. Diese  
446 Entwicklung wollen wir in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen und ausreichendes  
447 Personal für eine angemessene Überwachung bereitstellen. Dabei ist zu überprüfen, ob  
448 sich die von CDU und FDP vorgenommene weitgehende Kommunalisierung bewährt hat.  
449 Das Umweltministerium als oberste Aufsichtsbehörde wird darauf achten, dass alle Kreise  
450 und kreisfreien Städte die Gesetze in gleicher Weise vollziehen und überwachen. Umwelt-  
451 schutz darf nicht davon abhängig sein, welche Partei die Rats- oder Kreistagsmehrheit  
452 stellt!

453 Vermeintliche Einsparungen in den Behörden produzieren in der Zukunft unübersehbare  
454 Kosten. Skandale wie PFT, Abwasserpilz im Münsterland oder auch PCB in Dortmund haben  
455 gezeigt, was passieren kann. Genauso wie in Bus und Bahn die Fahrkarten kontrolliert  
456 werden, müssen unsere Unternehmen überwacht werden, damit wenige „schwarze Schafe“  
457 nicht den vielen umweltorientiert arbeitenden Betriebe die Existenzgrundlage rauben. Der

458 „VW-Skandal“, der längst ein Automobil-Skandal geworden ist, hat gezeigt, wie mangelnde  
459 staatliche Aufsicht zum Schaden der Kund\*innen und der Umwelt ausgenutzt werden!

460 Auch in der Landwirtschaft werden wir nach dem Prinzip „fördern und fordern“ darauf  
461 achten, dass die gesetzlichen Standards eingehalten werden – durch fachgerechte Be-  
462 ratung und adäquate Überwachung. Wir setzen weiterhin auf die Stiftung Umwelt und  
463 Entwicklung NRW als bewährte und anerkannte Förderinstitution für Projekte zu Umwelt-  
464 bildung, Ressourcenschonung, Klima- und Umweltschutz, zur entwicklungspolitischen Bil-  
465 dung, globalen Lernen, interkulturellen Austausch und fairen Handel kleiner und großer  
466 Initiativen, Verbände und Nichtregierungsorganisationen.

## 467 **Tierschutz**

468 Obwohl der Tierschutz nun seit fast 15 Jahren Verfassungsrang besitzt – im Sommer 2002  
469 wurde er vor allem auf Drängen der Tierschutzverbände und uns GRÜNEN als Staatszielbe-  
470 stimmung ins Grundgesetz aufgenommen – besitzen Tiere in der Praxis vielfach noch im-  
471 mer keinen ausreichenden Schutz: unzureichende Haltungsbedingungen und eine einsei-  
472 tig auf wirtschaftliche Maximierung ausgerichtete Mast und Zucht in der Landwirtschaft,  
473 unnötige und mit Schmerzen und Leiden verbundene Tierversuche oder unzureichend aus-  
474 gestattete und unterfinanzierte Tierheime sind Mängel, die wir auf der Grundlage unserer  
475 erfolgreichen Arbeit systematisch beseitigen wollen. Eine wichtige Rolle spielen dabei  
476 Aufklärung und Information. Daher fordern wir Tierschutz- und Tierrechtserziehung als  
477 festen Bestandteil der Lehrpläne und Lehrer\*innenausbildung.

## 478 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

479 Wir haben in den zurückliegenden Jahren mit zahlreichen Initiativen und konkreten Maß-  
480 nahmen für Fortschritte gesorgt: Das Landesjagdgesetz wurde durch eine grundlegende  
481 Novelle stärker an der Waldökologie und am Tierschutz ausgerichtet. NRW hat als ers-  
482 tes Bundesland ein umfassendes Mitwirkungs- und Verbandsklagerecht für anerkannte  
483 Tierschutzverbände eingeführt und endlich eine Stimme und ein Klagerecht gegen Ver-  
484 stöße gegen Tierschutzbestimmungen eingeräumt. Zahlreiche Bundesländer sind inzwi-  
485 schen unserem Beispiel gefolgt. Für die Modernisierung von Tierheimen in NRW wurden  
486 Investitionshilfen gewährt, Tierschutzvereine und engagierte Bürger\*innen bekamen fi-  
487 nanzielle Hilfe, um wild lebende Katzen zu kastrieren und so ihre unregelmäßige Vermehrung  
488 zu begrenzen. Mit einer Ausnahme, über die noch die Gerichte zu befinden haben, konnten  
489 alle Pelztierhaltungen in NRW beendet werden. Unsere Initiativen für bessere Haltungs-  
490 bedingungen, insbesondere mehr Platz für Schweine und Puten, haben deutliche Impulse  
491 gesetzt. Das Gleiche gilt für die Forderung nach einem Ende der zig-millionenfachen Tö-  
492 tung männlicher Eintagsküken, die aus rein wirtschaftlichen Gründen wie Abfall behandelt  
493 und unmittelbar nach dem Schlüpfen getötet werden. In beiden Fällen weigert sich die  
494 Bundesregierung, diese Initiativen in das Tierschutzgesetz zu übernehmen, was wir nicht  
495 hinnehmen werden.

## 496 Tierschutz weiter voranbringen – Tierhaltung nachhaltig gestalten 497

498 Wir werden diese Ziele in der kommenden Legislaturperiode beharrlich weiter verfolgen  
499 und für mehr Tierschutz kämpfen. Zukünftig muss gelten: Nicht die Tiere dürfen den Hal-  
500 tungsbedingungen angepasst werden, sondern die Haltungsbedingungen müssen den Be-  
501 dürfnissen der Tiere entsprechen.

502 Im Rahmen des Konzepts einer Nachhaltigen Nutztierhaltung wollen wir die Tierhal-  
503 tung tiergerechter und extensiver gestalten und verlässliche Rahmenbedingung für ei-  
504 ne bäuerliche Landwirtschaft schaffen. Wir wollen die Stellung der landwirtschaftlichen  
505 Erzeuger\*innen in der Wertschöpfungskette unter Berücksichtigung von Umwelt- und  
506 Tierschutzaspekten stärken. Wir gehen diesen Weg mit Landwirtschafts-, Umwelt- und  
507 Naturschutz- und Tierschutzverbänden. Unser Ziel ist die gemeinsame Entwicklung eines  
508 Nachhaltigkeitskodexes für die Landwirtschaft. Auf diese Weise wollen wir das Vertrauen  
509 der Verbraucher\*innen und die gesellschaftliche Akzeptanz für die Nutztierhaltung stär-  
510 ken. Fehlentwicklungen in der Zucht müssen korrigiert werden. Ferner muss das Zuchtziel  
511 wieder die Gesundheit des Individuums sein und nicht die Optimierung seiner Leistung.

512 Wir setzen uns für eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen im Tierschutzgesetz  
513 und der Verordnung zur Tierschutznutztierhaltung ein. Dies gilt für alle Tiere, angefan-  
514 gen beim Schwein bis hin zur Pute und dem Mastkaninchen Mehr Platz für jedes Tier,  
515 Auslauf oder andere Klimareize, Beschäftigungsmaterial und eine artgerechte Fütterung,  
516 die den Bedürfnissen und gesundheitlichen Anforderungen der Tiere entspricht und nicht  
517 nur einseitig an einer Maximierung der Leistung ausgerichtet ist, sind zentrale Elemente  
518 unserer Tierschutzpolitik. Dies hilft nicht nur den Tieren, sondern senkt gleichzeitig den  
519 Antibiotika- und Medikamenteneinsatz in der Tiermast und vermindert damit das Risiko  
520 von auch für uns Menschen gefährlichen Resistenzen. Die Amputation von Körperteilen  
521 wie des Ringelschwanzes beim Schwein oder das Kupieren der Schnäbel beim Geflügel,  
522 die aufgrund unzureichender Haltungsbedingungen heute die Regel darstellen, wollen  
523 wir beenden. Hofschlachtungen und regionale Schlachthöfe sollen gefördert werden, um  
524 Transporte zu vermeiden oder zu verkürzen.

525 Generell müssen Tiertransportzeiten weiter verkürzt und Tiertransporte schärfer kontrol-  
526 liert werden. Die Kontrollen und ihre Ergebnisse müssen hier landesübergreifend vernetzt  
527 werden.

528 Tierheime sollen zukünftig landesweit einheitlich finanziert werden. Hierzu ist eine lan-  
529 desweite Harmonisierung der kommunalen Verpflichtung zur systematischen Finanzierung  
530 der Tierheime notwendig. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Heimtierschutzgesetz  
531 ein, nicht nur, um den tierschutzgerechten Umgang mit den Millionen Heimtieren zu re-  
532 geln, sondern auch, um den Vollzugsbehörden Rechtssicherheit zu geben.

533 Weiterhin sollen die Kastrationsprogramme finanziell unterstützt werden. Der internatio-  
534 nale, undurchsichtige Welpenhandel verlangt Kontrollen. Für den besseren Tierschutzvoll-  
535 zug fordern wir daher eine Stärkung der mit den Aufgaben betrauten Veterinärämter. Diese  
536 Maßnahmen entlasten auch die Tierheime.

## 537 **Einfuhr und Haltung von Wildtieren begrenzen**

538 Die Einfuhr und Haltung von Tieren wildlebender Arten, insbesondere gefährlichen Tieren,  
539 wollen wir streng reglementieren. Dazu gehört auch ein bundesrechtliches Verbot entspre-  
540 chender Tierbörsen wie etwa der Terraristika in Hamm sowie die Untersagung der Haltung  
541 besonders gefährlicher Tiere wie Giftschlangen, Skorpione etc., deren Bisse lebensgefähr-  
542 lich sind und die sich für eine Haltung in privater Hand auch aus Tierschutzgründen nicht  
543 eignen. Wir wollen die Haltung besonders gefährlicher Tiere wie Giftschlangen, Skorpione  
544 etc. in Privathaushalten verbieten. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Positivliste ein,  
545 damit nur noch solche Tiere in Privathand gehalten werden, die auch dafür geeignet sind.  
546 Nachdem der Bundesrat das Ende der Haltung von Wildtieren im Zirkus beschlossen hat,  
547 die Bundesregierung sich diesem Vorstoß jedoch verweigert werden wir auf Bundesebene  
548 weiterhin auf eine Umsetzung des Bundesratsbeschlusses drängen.

## 549 **Tierversuche überflüssig machen**

550 Der Ersatz von Tierversuchen durch tierversuchsfreie Alternativen und die damit verbun-  
551 dene Vermeidung von Tierversuchen insbesondere an Wirbeltieren sind uns ein wichti-  
552 ges Anliegen. Da bisher wissenschaftlich anerkannte Ersatzmethoden zu Tierversuchen  
553 weitgehend fehlen, konnte in dieser Legislaturperiode durch unsere Initiative das „Cen-  
554 trum für Ersatzmethoden zum Tierversuch“ (CERST) am Leibniz-Institut für umweltmedi-  
555 zinische Forschung gegründet werden. Wir wollen diese erfolgreiche Arbeit in ein eigen-  
556 ständiges Institut überführen. So können Drittmittelprojekte und Forschung gemeinsam  
557 mit dem Tierschutz, aber auch der Industrie effektiver und unbürokratischer umgesetzt  
558 werden. Damit können tausende Tierversuche überflüssig gemacht werden. Wir wollen  
559 die Forschungsgelder für die Erforschung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen erhöhen.  
560 Bestehende Ansätze im Wissenschaftsetat sollen zu Gunsten der Erforschung neuerer Me-  
561 thoden umgeschichtet werden. Wir streben die Stärkung des Tierschutzbeirats der Lan-  
562 desregierung an. und werden einen Tierschutz-Forschungspreis einrichten, um Personen  
563 und Institutionen, die die tierversuchsfreie Forschung in unserem Land nach vorn bringen  
564 und zukünftig dazu beitragen, Tierleid zu vermeiden, anzuerkennen und zu stärken und  
565 das Anliegen tierversuchsfreier Forschung im öffentlichen Bewusstsein noch stärker zu  
566 verankern. Ähnlich wie in anderen Ländern soll auch in NRW eine Tierschutzbeauftrag-  
567 te/ein Tierschutzbeauftragter berufen werden, um eine zentrale Anlaufstelle für Fragen  
568 zum Tierschutz zu haben.

## 569 **Tierschutz – das wollen wir GRÜNE:**

- 570 • die Haltungsbedingungen an die Tiere anpassen – statt umkehrt
- 571 • einen Nachhaltigkeitskodex für die Landwirtschaft entwickeln
- 572 • Tierversuche überflüssig machen
- 573 • einen Tierschutz-Forschungspreis einrichten
- 574 • eine\*n Tierschutzbeauftragte\*n berufen.



## Klimaschutz

Der globale Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Sie zu meistern, ist der zentrale Anspruch an diejenigen, die heute für morgen Verantwortung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tragen. Am 12. Dezember 2015 hat sich die Weltgemeinschaft in Paris endlich zu ihrer Verantwortung bekannt und ein neues Klimaabkommen beschlossen. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich völkerrechtlich verbindlich, den globalen Temperaturanstieg (gegenüber dem vorindustriellen Niveau) auf maximal zwei, wenn möglich sogar auf unter 1,5 Grad zu begrenzen. Zur Erreichung dieses Ziels kommt NRW eine besondere Rolle zu. Denn als Industrieland Nr. 1 in Deutschland sind wir zugleich Energieland Nr. 1 und als solches für rund 30 Prozent des bundesweiten Ausstoßes klimaschädlicher Emissionen verantwortlich. Deshalb kann Klimaschutz in Deutschland und für die Welt nur dann gelingen, wenn unser Bundesland vorn mit dabei ist.

Genau hier liegen Verantwortung und Chancen sehr eng beieinander. Als Industrieland Nr. 1 in Deutschland wollen wir zugleich Klimaschutzland Nr. 1 werden, damit unsere Verantwortung in Deutschland, Europa und der Welt übernehmen und gleichzeitig industriepolitische Lösungen für morgen antreiben. Denn Nordrhein-Westfalen ist Teil der globalisierten Welt und ein industrielles Kernland in Europa. Wir GRÜNE zeigen, dass eine Industrieregion vom Format unseres Bundeslandes die ökologische Modernisierung erfolgreich gestalten und dabei zum Wegbereiter für ein globales, postfossiles und erneuerbares Zeitalter werden kann. Klimaschutz made in NRW ist pure ökonomische Vernunft. Dafür haben wir GRÜNE in den vergangenen Jahren das nötige Fundament geschaffen, auf dem wir in Zukunft aufbauen können.

### **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

Wir haben nach dem Klimaschutz-Start-Programm und dem ehrgeizigen KWK-Impulsprogramm als erstes Bundesland ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Reduktionszielen beschlossen. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien haben wir uns ehrgeizige, aber realistische Ziele gesetzt. In einem bundeweit einmaligen Beteiligungsprozess haben wir dazu einen Klimaschutzplan verabschiedet. Wir haben als erstes Bundesland die Anwendung der umstrittenen Frackingtechnologie im neuen Landesentwicklungsplan ausgeschlossen, eine Entscheidung mit bundesweiter Signalwirkung. Mit der jüngsten Leitentscheidung zu Garzweiler II haben wir in Deutschland erstmals einen Braunkohletagebau verkleinert und damit positive Effekte für Klima und Menschen erreicht: Rund 400 Millionen Tonnen Braunkohle bleiben in der Erde. 1400 Menschen bleibt die Umsiedlung erspart.

Auch international sind wir Vorreiter: NRW ist aktives Mitglied in der Climate Group und der Klimaschutzinitiative „Under2“. Viele dicht besiedelte Industrieregionen der Welt blicken gespannt auf die Entwicklung in NRW. Bei uns entsteht die Blaupause für einen erfolgreichen Klimaschutz und eine umfassende Energiewende. Leitidee ist für uns dabei stets der Konsens aller Akteur\*innen, den Wandel in sozial-ökologischer Verantwortung zu gestalten.

## 616 **Klimaschutz von unten**

617 Klimaschutz made in NRW ist Klimaschutz von unten: Er findet in den Städten und Dörfern,  
618 in den Wohnquartieren, auf den Dächern und in den Heizungskellern unserer Häuser, in den  
619 Produktionshallen unserer Unternehmen, auf den Straßen, Wasserstraßen und Schienen-  
620 wegen, in den Küchen und Kantinen, auf dem Bauernhof genauso wie an der Ladentheke  
621 statt. Bei uns leben 18 Mio. potentielle Klimagenoss\*innen. Wir setzen auf Transparenz  
622 und Partizipation. Denn Mitwirkung und Teilhabe stärken unsere Demokratie und schaf-  
623 fen Akzeptanz. Der Klimaschutzplan ist hierfür ein zentrales politisches Instrument. Seine  
624 gesetzlich vorgesehene Fortschreibung nach fünf Jahren werden wir deshalb entschieden  
625 angehen. In diesem Rahmen soll der Klimaschutzplan NRW an die Erfordernisse des Welt-  
626 klimaabkommens angepasst und konkrete langfristige Ziele für die Reduzierung der Treib-  
627 hausgasemissionen NRWs festgelegt werden. Neben einem breiten Beteiligungsverfahren  
628 der Zivilgesellschaft sollen die Ziele auch auf die wesentlichen Sektoren (Energiewirt-  
629 schaft, Industrie, Gebäude, Verkehr, Abfall-, Land- und Forstwirtschaft) heruntergebrochen  
630 werden.

## 631 **Kommunale Klimaschutzförderung für alle**

632 Viele Kommunen und Regionen haben sich bereits auf den Weg gemacht und Ziele für den  
633 Ausbau der Erneuerbaren Energien gesetzt oder sich zur Verringerung von Treibhausga-  
634 sen verpflichtet. Besonders der Austausch von Ideen , um gemeinsame Ziele zu erreichen,  
635 wollen wir unterstützen. Denn gerade kreative Lösungen im regionalen Zusammenhang  
636 können eine Vorbildfunktion übernehmen. Solche Vernetzung von Kreisen, mehrerer Kom-  
637 munen oder größerer Regionen wollen wir deshalb unterstützen.

## 638 **Die Landesverwaltung als Vorbild**

639 Wir wollen das gesetzlich verankerte Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung zu ei-  
640 nem Vorbild machen und die dazu erforderlichen Investitionsmittel bereitstellen. Beson-  
641 ders an den Hochschulen spielt die klimafreundliche und ressourcenschonende Ausrich-  
642 tung eine wichtige Rolle. Wir wollen in und an Landesliegenschaften, inklusive den Hoch-  
643 schulen in Nordrhein-Westfalen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben,  
644 Neubauten klimafreundlich gestalten und die Aktivitäten des BLB an Klima- und Ressour-  
645 censchutz orientieren.

## 646 **Klimaanpassung: Wir machen NRW und seine Kommunen ex- 647 tremwetterfest**

648 Selbst durch eine ehrgeizige Klimapolitik – wie das festgelegte Unter-Zwei-Grad-Ziel im  
649 Klimaschutz – ist der Klimawandel nicht mehr aufzuhalten, sondern bestenfalls einzu-  
650 dämmen. Eine der größten Herausforderungen besteht deshalb darin, einen Kulturwandel  
651 im Denken, Planen und Handeln herbeizuführen. Es muss insgesamt gelingen, insbeson-  
652 dere unsere Infrastrukturen und Lebensgrundlagen widerstandsfähiger zu machen. Sich

653 auf die Folgen des Klimawandels einzustellen und Präventionsmaßnahmen zur Schaden-  
654 vermeidung vorzunehmen muss daher schon heute als essentielle Zukunftsaufgabe von  
655 Land und Kommunen verstanden werden.

656 Der Klimawandel ist auch in NRW längst angekommen! Der Klimawandel verändert un-  
657 ser Land: Starkregenereignisse nehmen zu, Hitzephasen in den Sommermonaten beein-  
658 trächtigen vor allem die Menschen in den urbanen Regionen. Die Zahl der heißen Tage  
659 steigt, die Winter werden feuchter. Trockenstress belastet die Landwirtschaft. Bestimmte  
660 Insekten und Krankheitserreger und das mit ihnen einhergehende Gefährdungspotenti-  
661 al breiten sich aus. Klimaschutz heißt deshalb zunehmend auch Klima(folgen)anpassung.  
662 Wir müssen NRW (extrem-) wetterfest machen – zum Schutz der Bevölkerung, zur Bewah-  
663 rung von Natur und Umwelt und zum Nutzen von Wirtschaft und Industrie. Dabei geht es  
664 um Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz, Katastrophenschutz, Stadtentwicklung, Wald  
665 und Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, menschliche Gesundheit und  
666 Tourismus. Und es geht auch um Versicherungen und Entschädigungen für Menschen, die  
667 von Extremwetterereignissen betroffen wurden.

668 Mit dem Klimaschutzgesetz wurde die Anpassung an den Klimawandel als eines von drei  
669 Klimaschutzzielen in NRW gesetzlich verankert und im Klimaschutzplan Strategien zur  
670 Bewältigung dieser Herausforderung festgelegt.

671 Wir werden fortfahren, Kommunen bei der Erstellung kommunaler Risikomanagementkon-  
672 zepte zu unterstützen, Siedlungs- und Infrastrukturen widerstandsfähiger zu machen und  
673 die Stabilität und Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und der Ökosysteme zu erhalten.  
674 Auch unsere Forst- und Landwirtschaft müssen sich auf veränderte Klimabedingungen ein-  
675 stellen. Dabei werden wir sie ebenso begleiten. Auch Industrie und Wirtschaft werden wir  
676 dabei unterstützen, sich auf die Herausforderungen des Klimawandels vorzubereiten.

677 Über die Förderung und Unterstützung von Maßnahmen zur Klimaanpassung hinaus be-  
678 nötigen die betroffenen Kommunen – unabhängig von Einzelentscheidungen – Unterstüt-  
679 zung zur Bewältigung der Schäden. Hierzu soll das Land zusammen mit den Kommunen  
680 einen Unwetterfonds einführen. Mit einem solchen Instrument kann eine schnelle und  
681 effiziente Hilfestellung für betroffene Kommunen ermöglicht werden, weil die erforderli-  
682 chen Strukturen und Regelungen sowie die Mittel im Bedarfsfall bereits geschaffen und  
683 etabliert sind.

## 684 **Strom – Wärme – Mobilität: Energiewende überall**

685 Wir erreichen unsere Klimaschutzziele nur, wenn wir unsere gesamte Energieversorgung  
686 auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umstellen und Energieeinsparung und Effizienz er-  
687 reichen. Kohle, Erdgas, Benzin, Diesel und Öl müssen durch Sonne, Wind, Biomasse, Wasser  
688 und Geothermie ersetzt werden. Dafür müssen wir die Erneuerbaren Energien weiter aus-  
689 bauen und nach und nach die fossilen Energieträger, allen voran Kohle, im zukünftigen  
690 Energiemix ablösen.

691 Die Energiewende ist nicht nur eine Strom-, sondern gleichzeitig auch eine Mobilitäts- und  
692 Wärmewende. NRW bietet aufgrund seiner hohen Siedlungs- und Industriedichte optimale

693 Voraussetzungen zur Verbindung von Erneuerbaren Energiequellen und innovativen Spei-  
694 chertechniken, zur Versorgung aller drei Sektoren, für die Erprobung und Einführung inno-  
695 vativer Mobilitätskonzepte, die Kopplung von Wärme- und Stromproduktion sowie für die  
696 Auskopplung und auch Nutzung von Wärme aus Produktions- und für Produktionsprozesse  
697 in der Industrie Wir treten dafür ein, dass Wärme, Mobilität und Strom Schritt für Schritt  
698 auf Erneuerbare Energien umgestellt und für die Energieversorgung zusammengeführt  
699 werden.

## 700 Die Stromversorgung der Zukunft

701 Sonnen- und Windenergie sind die zentralen Säulen der Energiewende in NRW. Auch wenn  
702 der Weg zu einer Stromversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren noch weit erscheint, ist  
703 dieses Ziel auch und gerade im Industrieland NRW technisch möglich und wird an einigen  
704 Stellen in innovativen Projekten bereits umgesetzt.

705 Damit es jedoch gelingt, müssen wir unser Stromsystem mit den Erneuerbaren Energien  
706 als Basis neu aufstellen. Mit Sonne und Wind als Grundpfeiler brauchen wir Ergänzung-  
707 gen, die fluktuierende Stromproduktion und schwankenden Stromverbrauch miteinander  
708 in Einklang bringen. Dafür ist der Dreiklang von flexiblen Lasten, innovativem Netzaus-  
709 bau und Speicherung die entscheidende Grundlage. Wir wollen NRW deshalb zur Nr. 1  
710 in Forschung, technischer Entwicklung, Demonstration und Markteinführung von neuen  
711 zukunftsfähigen und nachhaltigen Technologien machen.

712 Die Bundesregierung bremst den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv, daher kön-  
713 nen die gesetzten NRW-Ziele voraussichtlich erst später als beabsichtigt erreicht werden.  
714 Gleichwohl halten wir Kurs: Bis zum Jahr 2025 sollen 30 Prozent des Stromverbrauchs in  
715 NRW aus erneuerbaren Energien kommen.

716 Dazu soll die Windstromproduktion bis zum Jahr 2020 15 Prozent zum Stromverbrauch  
717 beitragen. Die Windenergie hat in Nordrhein-Westfalen das größte Potenzial aller Erneue-  
718 erbaren Energien. Wir wollen den Ausbau und das Repowering von Windenergieanlagen  
719 weiterhin durch einen aktuellen Windenergieerlass, aktuelle Leitfäden für bestimmte Teil-  
720 bereiche und ein gutes Beratungs- und Mediationsangebot unterstützen. Dort wo es sinn-  
721 voll ist, wollen wir Windenergie im wirtschaftlich genutzten Wald unter Berücksichtigung  
722 der ökologischen Funktionen des Waldes weiter vorantreiben.

723 Wir wollen den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen sowohl auf Eigenheimen als auch auf  
724 Mietshäusern und gewerblich genutzten Gebäuden weiter vorantreiben. Ohne weitere  
725 Flächenversiegelung ist es so möglich, die Erneuerbaren Energien weiter auszubauen.  
726 Freiflächensolaranlagen sehen wir daher auch grundsätzlich kritisch. Allerdings kann es  
727 Sinn machen Flächen entlang von Infrastrukturtrassen oder Brachflächen für Freiflächen-  
728 Photovoltaik zu nutzen. Hier haben wir im Landesentwicklungsplan NRW sinnvolle Krite-  
729 rien vorgegeben, die wir anwenden wollen.

730 Neben Sonne und Wind als den Säulen der Energiewende in Deutschland sind dennoch  
731 alle Erneuerbaren Energien wichtig, um das Ziel einer 100 prozentigen Energieversorgung  
732 aus Erneuerbaren Energien zu erreichen.

733 Darum wollen wir den Biomasseanbau in Einklang mit einer nachhaltigen, biologischen  
734 Landwirtschaft bringen und unterstützen die Nutzung von Grünschnitt und Lebensmittel-  
735 abfällen in Biomasseanlagen. Neben der Nutzung der Abwärme müssen die Biomasseanla-  
736 gen technisch so ausgestattet werden, dass sie flexibel Strom in das Netz einspeisen. Denn  
737 als einzige Erneuerbare Energie kann Biomasse flexibel auf die fluktuierende Einspeisung  
738 der Photovoltaik- und Windenergieanlagen reagieren.

739 Selbst wenn die Potenziale der Wasserkraft in Nordrhein-Westfalen überschaubar sind,  
740 wird auch sie ihren Beitrag im Strommix der Zukunft erbringen. Wir wollen deshalb vor-  
741 handene Standorte mit Wasserkraftanlagen erhalten und sie besonders unter ökologischen  
742 Aspekten weiterentwickeln. Soweit sie mit der Wasserrahmenrichtlinie vereinbar sind, wol-  
743 len wir auch den Bau neuer Wasserkraftanlagen unterstützen. Dabei haben wir immer auch  
744 die Auswirkungen auf Ökologie und Fische mit im Blick. Die Potenzialstudie der Landes-  
745 regierung gibt für die Weiterentwicklung der Wasserkraft erste Hinweise. Diese wollen wir  
746 nutzen. Die begonnenen Projekte in den Regierungsbezirken werden wir weiterhin unter-  
747 stützen.

748 Die Geothermie kann besonders in der Wärmeengewinnung eine wichtige Rolle übernehmen  
749 und in Verbindung mit Wärmenetzen auch über den direkten Standort hinaus Wärme zur  
750 Verfügung stellen. Dabei gilt für uns, dass der Grundwasserschutz oberste Priorität haben  
751 muss.

752 Der Ausbau Erneuerbarer Energien und der Erhalt unserer Natur gehören für uns untrenn-  
753 bar zusammen. Denn der Erhalt der Biodiversität, Ökologie und die Energieversorgung  
754 der Zukunft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr zeigen wir, dass  
755 der Grundgedanke von Energiegewinnung im Einklang mit der Natur keine Utopie, son-  
756 dern realistisch ist. Mit der Fortführung des EnergieDialog.NRW und der Möglichkeit zu  
757 Beratung und Mediation unterstützen wir die Auflösung von Konflikten zwischen Anwoh-  
758 ner\*innen, Naturschutz und Erneuerbaren Energien. Die bestehenden Leitfäden des Arten-  
759 schutzes wollen wir an die jeweils neuesten Erkenntnissen anpassen.

## 760 Regionale Wertschöpfung durch kommunale Energiewende

761 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien schützt nicht nur unser Klima, sondern unterstützt  
762 auch die regionale Wertschöpfung und hat in den letzten Jahren bereits für erhebliche  
763 Investitionen in den Kommunen gesorgt, dem Handwerk einen neuen Markt eröffnet und  
764 kleinen und mittelständischen Unternehmen im Zulieferbereich neue Geschäftsfelder er-  
765 schlossen. Anders als das bisherige Stromsystem führt der Ausbau der Erneuerbaren da-  
766 zu, dass alle Kommunen von unserer Stromversorgung profitieren können. Durch Bürger-  
767 genossenschaften und privates Engagement haben auch Bürger\*innen die Möglichkeit,  
768 Stromproduzenten zu werden und aktiv an der Neugestaltung des Stromsystems mitzu-  
769 wirken. Die Stromversorgung der Zukunft wird nicht mehr nur in der Hand einiger weniger  
770 Großunternehmen liegen, sondern aus Millionen von kleinen Stromproduzenten beste-  
771 hen. Deshalb lehnen wir ein System ab, das besonders Großstrukturen unterstützt. Denn  
772 ohne das vielfältige Engagement der Bürger\*innen wäre die Energiewende heute keine  
773 Realität.

## 774 100 Klimagenossenschaften für NRW

775 Zur Stärkung des Klimaschutzes und der Erneuerbaren in NRW setzen wir auf einen dezentralen Ansatz, der dem Gedanken der regionalen Wertschöpfung, Teilhabe und Akzeptanz  
776 Rechnung trägt. Wir fördern dazu weiterhin geeignete regionale und lokale Strukturen und  
777 Kompetenzzentren zur Unterstützung der Kommunen und regional orientierter, bspw. genossenschaftlich aufgestellter Gesellschaften, die bei der Planung, beim Betrieb und in der  
778 finanzwirtschaftlichen Beratung Hilfestellung leisten können. Häufig sind entsprechende Akteure (u. a. EnergieAgentur.NRW, Banken, Sparkasse, Stadtwerke, Genossenschaften,  
779 Handwerksorganisationen, IHK etc.) bereits tätig. Impulse und Unterstützung zu ihrer gezielten Vernetzung müssen deshalb häufig nur noch gegeben werden. Unser Ziel für die  
780 nächste Legislatur: 100 Klimagenossenschaften für NRW.  
781  
782  
783  
784

785 Wir wollen dazu beitragen, öffentliche Potentialflächen zum Ausbau der Windenergie für  
786 Projekte mit Bürgerbeteiligung vorzuhalten. NRW ist ein dicht besiedeltes Land. Deshalb  
787 wollen wir gezielt solche Projekte unterstützen, die auf bereits versiegelten Flächen (Altlasten, Halden, Deponien) entstehen sollen. Gleiches gilt für Projekte an Infrastrukturflächen sowie Gewerbe- und Industriegebieten.  
788  
789

## 790 Verdopplung der Solardächer in NRW bis 2025

791 Aufbauend auf der im Klimaschutzplan angelegten Strategie „Ausbau der Photovoltaik auf Dachflächen“ werden wir uns dafür einsetzen, dass dafür auf allen politischen Ebenen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden. Unser Ziel lautet: Verdoppelung der Solardächer in Nordrhein-Westfalen bis 2025! Wir wollen, dass die Kommunen bei Aktivitäten zugunsten des Ausbaus Erneuerbarer Energien noch stärker unterstützt werden, so z.B. bei der Erstellung sogenannter Solardachkataster oder auch bei der Reservierung von kommunalen Flächen für die Nutzung der Windenergie durch Bürgerbeteiligung.  
792  
793  
794  
795  
796  
797

798 Wir wollen die Potentiale der Thermovoltaik („Strom aus Wärme“) für die Energiewende nutzen. Denn Thermovoltaik sollte dort, wo es möglich ist, als umwelt- und klimafreundliche Energieform genutzt werden, um Strom direkt vor Ort aus Wärme- und Abwärmequellen zu gewinnen.  
799  
800  
801

## 802 Kampf um ein starkes EEG

803 Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) ist das erfolgreichste Markteinführungsgesetz in der Geschichte der Bundesrepublik. Doch die CDU-SPD-CSU-Koalition missbraucht die EEG-Novellen zum Ausbremsen der Energiewende. Insbesondere die Obergrenzen für die Erneuerbaren behindert die Energiewende.  
804  
805  
806

807 Nun geht es darum, es zu einem Marktgestaltungsgesetz weiterzuentwickeln. Dabei kann es nicht um die Systemintegration der Erneuerbaren in das bestehende System gehen, sondern vielmehr um eine Systemtransformation. Dabei wollen wir die Demokratisierung der Energieversorgung weiter stärken und die durch die Energiewende geschaffene Vielfalt der Akteure erhalten. Wir GRÜNE treten auf Bundesebene mit allem Nachdruck dafür ein,  
808  
809  
810  
811

812 das EEG und das Energiemarktdesign so zu gestalten, dass verlässliche Investitionsanreize  
813 für den Ausbau der erneuerbaren Energien in NRW geboten werden und der Systemwan-  
814 del einschließlich dezentraler Speicher und Sektorenkopplung vorangebracht wird. Dazu  
815 gehört u. a. die genaue Auswertung des neuen Ausschreibungsmodells sowie seine quanti-  
816 tative und qualitative Weiterentwicklung, die verbrauchsnahe Installation des Netzzubaus,  
817 die Gewährleistung des räumlich verteilten Ausbaus der Windenergie, Anreize zur Nutzung  
818 der Flexibilität der Bioenergieanlagen sowie angesichts einer zunehmenden Nutzung des  
819 Stroms aus Erneuerbaren Energien in den Sektoren Wärme und Mobilität die rechtzeiti-  
820 ge Anpassung der Bedarfsszenarien. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen,  
821 dass eine Perspektive für Altanlagen geschaffen wird, die aus dem EEG fallen, damit nicht  
822 gut funktionierende und bereits über das EEG finanzierte Anlagen abgebaut werden. Auch  
823 werden wir uns dafür einsetzen, dass Grünstrom wieder direkt verkauft werden kann und  
824 endlich wieder ein Grünstrommodell geschaffen wird.

## 825 Speicherland NRW

826 Die Energiewende ist ohne Speichertechnologien mit unterschiedlichen Speichermög-  
827 lichkeiten und -zeiträumen nicht vorstellbar. Mit seiner vielfältigen und innovativen For-  
828 schungslandschaft hat NRW die Möglichkeit, Speicherland Nr. 1 in Deutschland zu werden.  
829 Durch die Erforschung und Entwicklung verschiedenster Speichertechnologien und Sys-  
830 temlösungen in Aachen, Jülich, Münster, Oberhausen, Herten und vielen weiteren Stand-  
831 orten sowie durch die Markterprobung und den Einsatz von Speichertechnologien durch  
832 viele Unternehmen in NRW bietet sich hier eine Chance für das Energiesystem der Zu-  
833 kunft, die wir nutzen wollen. Dazu zählt auch, dort, wo Technologien schon ausgereift und  
834 nutzbar sind – z.B. im Bereich der unter- und oberirdischen Pumpspeicherkraftwerke – die  
835 erforderlichen Planungsverfahren frühzeitig auf den Weg zu bringen und die Unternehmen  
836 in diesem Prozess zu begleiten. Hier bieten sich auch große Chancen für Speichertechno-  
837 logien aus NRW, marktführend bestimmend zu werden und damit wirtschaftliche Erfolge  
838 zu generieren.

## 839 Power to Gas

840 Neben der Weiterführung und dem Ausbau der Forschung von bereits etablierten Tech-  
841 nologien wollen wir innovative Technologien und Forschungsansätze unterstützen. Dazu  
842 gehört auch die Entwicklung von Power-to-gas – Anlagen und ihre systematische Ver-  
843 netzung. Wir fordern deshalb die Umlagebefreiung für Power-to-gas-Anlagen an ihren  
844 Standorten sowie die Anerkennung des dort gewonnenen Wasserstoffs bzw. Methans als Er-  
845 neuerbare Energiequelle, wenn der Strom zu seiner Produktion aus Erneuerbaren Quellen  
846 stammte.

847 An zwei Pilotstandorten soll die Verbindung von Erneuerbaren-Energien- und Power-to-  
848 gas-Anlagen weiterentwickelt werden. An einem Standort soll die Möglichkeit der indus-  
849 triellen Nutzung, an einem zweiten die Verknüpfung von Power-to-gas mit einem Block-  
850 heizkraftwerk sowie die Versorgung einer Gastankstelle für klimafreundliche Fahrzeuge

851 erprobt werden. Die Forschung zum Energieträger Wasserstoff, zur Methanisierung, indus-  
852 triellen Nutzung und dezentralen Anwendung sowie der dafür benötigten Infrastruktur  
853 soll weitergeführt werden.

## 854 **Intelligente Netze (Smart Grids), Virtuelles Kraftwerk und Last-** 855 **management**

856 Durch eine intelligente Steuerung der Netze kann das Stromnetz optimiert und der pro-  
857 duzierte Strom optimal genutzt werden. Wir wollen Pilotprojekte und Forschung an Tech-  
858 niken zur intelligenten Steuerung der Netze weiterhin unterstützen und dabei den Fokus  
859 besonders auf den steigenden Anteil an Erneuerbaren Energien im Stromnetz legen.

860 Auch virtuelle Kraftwerke werden in der Zukunft immer wichtiger werden. Der Zusammen-  
861 schluss verschiedener Energieerzeugungsanlagen, Lasten und Speichertechnologien soll  
862 dazu führen, dass ein Konstrukt aus verschiedenen Anlagen entsteht, das ähnlich wie ein  
863 Großkraftwerk sicher ausreichend Strom bereitstellt. Deshalb wollen wir Pilotvorhaben  
864 für Virtuelle Kraftwerke, in denen dezentrale Windenergie- und Solaranlagen mit regiona-  
865 len Biomasse-Blockheizkraftwerken, KWK-Anlagen, Lastmanagement und Speichern zur  
866 Sicherung der Versorgung mit erneuerbaren Energien intelligent verknüpft werden, aus-  
867 bauen und vertiefen.

868 Ein weiterer wichtiger Aspekt zur Stabilisierung unserer Stromversorgung ist das Lastma-  
869 nagement. Hier besteht besonders in unserem industriell geprägten Bundesland noch ein  
870 großes Potenzial. Wir wollen Unternehmen bei der Umstellung von Prozessen, die Lastma-  
871 nagement ermöglichen, unterstützen und werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen,  
872 dass die bestehenden Hürden abgebaut werden.

## 873 **Den Einsatz von Erneuerbaren Energien anders organisieren**

874 Die Verzahnung der drei Sektoren Strom, Wärme und Verkehr bietet für die Energiewende  
875 viele Vorteile. So kann z.B. die Sektorenkopplung bei Netzengpässen helfen: Statt Anlagen  
876 zwischenzeitlich abschalten zu müssen, kann deren Strom bspw. zur Gewinnung von Wär-  
877 me oder zur Gewinnung von Wasserstoff für ein Wasserstoffauto verwendet werden oder  
878 Elektroautos können zwischenzeitlich als Speicher genutzt werden. Bisher werden diese  
879 Möglichkeiten noch zu wenig betrachtet. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass  
880 die bestehenden Hürden abgebaut und Forschung und innovative Projekte im Bereich der  
881 Sektorenkopplung unterstützt werden.

882 Oftmals wird zudem zu wenig betrachtet, welches große Potential in der Verbindung zwi-  
883 schen Erneuerbaren Energien, Gewerbe und Industrie liegt. Deshalb setzen wir uns für die  
884 Einrichtung einer Dialogplattform „Erneuerbare Energien und Industrie“ ein, wie sie der  
885 Klimaschutzplan NRW vorsieht. Außerdem wollen wir 100 Gewerbegebiete in Nordrhein-  
886 Westfalen vorrangig mit Erneuerbaren Energien entwickeln, um zu zeigen, dass sich eine  
887 sichere Energieversorgung und Erneuerbare Energien nicht widersprechen.



## 888 Klimaschutz-Know-How für die Energiewende aus NRW

889 Wir wollen die Energiewende in all ihren Facetten weiterführen und dazu den Forschungs-  
890 und Wissenschaftsstandort NRW für Erneuerbare Energien, Systemlösungen, Speichertechno-  
891 logien und für die Energiewirtschaft stärken und ausbauen. Darüber hinaus brauchen  
892 wir einen Think Tank „Systemtransformation“. Weitere Kompetenz muss im rechts- und  
893 finanzwirtschaftlichen Bereich geschaffen werden. Dazu schlagen wir für den Rechtsbe-  
894 reich die Einrichtung eines Institutes für das Recht der Energiewende (z.B. angegliedert an  
895 vorhandene universitäre Bereiche) vor und für Finanzfragen der Energiewende die Erwei-  
896 terung der EnergieAgentur.NRW um einen entsprechenden Kompetenzbereich. Die viel-  
897 fältige Forschungsinstituts- und Hochschullandschaft in NRW zu den Themenfeldern Kli-  
898 maschutz, Energie und Ressourcen wollen wir zu einer virtuellen Klima- und Ressourcen-  
899 universität verknüpfen.

900 Wir setzen uns für eine Klimastiftung in NRW ein, um Klimaschutz und Energiewende als  
901 zivilgesellschaftlichen Prozess fest im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

## 902 Wärmestrategie für NRW

903 Wir fordern eine Wärmestrategie zugunsten der klimafreundlichen Wärme- und Kältege-  
904 winnung, die Nah- und Fernwärmenutzung, den Ausbau der Erneuerbaren Energien im  
905 Wärmebereich und die Energetische Sanierung im Quartier vorsieht. Dabei wollen wir die  
906 Industrie- und Gewerbegebiete wegen der dort verfügbaren Abwärmequellen und deren  
907 Nutzung im Nah- und Fernwärmenetzverbund mit einbeziehen.

908 Durch eine integrierte kommunale Wärmeplanung, die sich an den Besonderheiten an der  
909 jeweiligen Kommune bzw. dem jeweiligen Quartier orientiert, können örtliche Wärmekon-  
910 zepte entwickelt und umgesetzt werden, an dem sich die zukünftige Wärmeversorgung  
911 orientiert. Deshalb setzen wir uns für die Unterstützung und Förderung von Kommunen  
912 ein, die derartige Wärmeplanungen auflegen wollen. In einem Netzwerk von Kommunen,  
913 die sich mit innovativen Konzepten und Projekten auf dem Feld erneuerbarer Wärme en-  
914 gagieren und die Wärmewende vor Ort voranbringen wollen, wollen wir unterstützen.

915 Die Versorgung unserer Wohn- und für das Industrieland NRW typischen Gewerbe- und  
916 Industriegebäude mit Wärme und Kälte ist der größte Posten in unserer Energiebilanz:  
917 40 Prozent werden für Raumheizung und Warmwasserversorgung benötigt. Daher ist die  
918 energetische Sanierung unseres Gebäudebestandes der zentrale Schlüssel der Energie-  
919 wende.

920 Deshalb fordern wir die Verabschiedung eines Effizienz- und Erneuerbaren Energie Wärme-  
921 gesetzes für NRW, bei dem die Erfahrungen aus Baden-Württemberg berücksichtigt wer-  
922 den. Darüber hinaus fordern wir auf Bundesebene, dass im Baurecht deutlich verschärfte  
923 Vorgaben zu Licht- und Wärmeeffizienz insbesondere mit dem primären Fokus auf Vermin-  
924 derung klimaschädlicher Treibhausgase verankert werden. Neben der Wärmeversorgung  
925 können dabei auch durch Nutzung von im Quartier erzeugten Stroms Immobilieneigen-  
926 tümer und Mieter gleichermaßen profitieren. Wir fordern den Abbau bestehender techni-  
927 scher, rechtlicher und steuerlicher Hürden, um die weitere Verbreitung derartiger Mieter-  
928 bzw. Quartiersmodelle zu forcieren.

929 Die oberflächennahe Geothermie wollen wir stärker nutzen und die Potentiale der erneuerbaren  
930 Tiefengeothermie besser erforschen, erkunden und unter Wahrung des Grundwasserschutzes nutzen.  
931 Das große Ziel, die Nah- und Fernwärmeversorgung an Rhein und Ruhr erneuerbar zu gestalten,  
932 könnte damit verwirklicht werden.

## 933 **Kraft-Wärme-Kopplung**

934 Wir wollen die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit Nachdruck weiter ausbauen.  
935 Bis 2020 muss die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) 33 Prozent unseres Stromes erzeugen.  
936 Neben eigenen Maßnahmen werden wir uns auf Bundesebene weiterhin für den notwendigen  
937 gesetzlichen Rahmen für die KWK-Förderung einsetzen. Wir werden darauf drängen, dass Nah-  
938 und Fernwärme weiter ausgebaut und verdichtet werden und wollen den weiteren Ausbau und  
939 die Verdichtung von Fern- und Nahwärmesystemen sowie die Objektversorgung durch KWK-Anlagen  
940 vorantreiben. Projekte dazu sind bereits gestartet – wie der Ausbau der Fernwärmeschiene  
941 Rhein-Ruhr, die Fernwärmeversorgungsprojekte in Köln und Düsseldorf oder die KWK-Modellkommunen.  
942 Die Bauentscheidungen für die KWK-Gaskraftwerke in Köln und Düsseldorf sowie die geplanten  
943 Anlagen in den Chemieparks Leverkusen und Krefeld sind wichtige Bausteine zur klimafreundlichen  
944 Deckung des Wärmebedarfs. Sie können einen Ausgleich zur schwankenden Stromerzeugung  
945 erneuerbarer Energien leisten. Deshalb ist es entscheidend, dass die Rahmenbedingungen  
946 so ausgestaltet sind und werden, dass KWK-Gaskraftwerke sowie industrielle Anlagen wirtschaftlich  
947 betrieben werden können. Hierfür werden wir uns auf allen Ebenen einsetzen. Das KWK-Gesetz  
948 muss in der Weise fortgeschrieben werden, dass wirksame Anreize geschaffen werden, die  
949 alten Bestandsanlagen in den Industrieparks Nordrhein-Westfalens rechtzeitig durch neue  
950 hocheffiziente Gas-KWK-Anlagen zu ersetzen.

952 Auch zukünftig bietet die KWK mit ihren Nah- und Fernwärmenetzen viele Möglichkeiten.  
953 So gibt es KWK-Anlagen, die erneuerbar betrieben werden können, z.B. mit Hackschnitzeln  
954 oder Biogas. Auch können erneuerbare Wärmeanlagen ihre Wärme in Nah- und Fernwärmenetze  
955 einspeisen. Wir wollen dafür sorgen, dass in diesen Netzen von fossilen auf erneuerbare  
956 Energieträger umgestellt wird. Deshalb wollen wir Projekte unterstützen, die die Einspeisung  
957 von erneuerbaren Wärmeanlagen in Nah- und Fernwärmenetze. Wir wollen dafür sorgen,  
958 dass in diesen Netzen von fossilen auf erneuerbare Energieträger umgestellt wird.  
959 wird.

## 960 **Der Schlafende Riese der Energiewende – ohne Energieeffizienz wird es nichts**

962 Wir wollen den schlafenden Riesen der Energiewende – Energieeffizienz und Energieeinsparung –  
963 endlich wecken. Hierfür wollen wir innovative und intelligente Energieeffizienzmaßnahmen  
964 unterstützen und Anreize für den Energieeffizienzmarkt sowie die Entwicklung von  
965 Finanzierungsinstrumenten schaffen, die Investitionen erleichtern. Um die Effizienz im  
966 Wärmebereich weiter zu stärken, fordern wir auf Bundesebene ein Programm für den  
967 breit angelegten Austausch von elektrischen Nachtstromspeicherheizungen und veralteten  
968 Heizungsanlagen.

969 Durch eine neue Art der Tarifgestaltung, bei der ein geringerer Stromverbrauch belohnt  
970 wird, kann zudem ein Anreiz geschaffen werden, Strom auch in privaten Haushalten ein-  
971 zusparen. EnergieAgentur.NRW und EffizienzAgentur.NRW haben sich über Jahre als starke  
972 Akteure zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz in NRW bewährt. Wir sprechen  
973 uns deshalb dafür aus, dass sie ihre unabhängige Beratung gestärkt fortsetzen können.

## 974 **Energetische Sanierung – Jobmotor für das Handwerk**

975 Um mehr Energieeffizienz und die gemeinsamen Klimaschutzziele zu erreichen, überneh-  
976 men Handwerker\*innen eine wichtige Rolle. Denn in der energetischen Sanierung von Ge-  
977 bäuden liegen große Potenziale – für Energieeinsparungen und Aufträge für Handwerks-  
978 betriebe. Wir treten daher weiterhin dafür ein, endlich die steuerliche Abschreibung für  
979 solche Sanierungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen, die bislang von der Bundesre-  
980 gierung blockiert wird. Die Abschreibungsmodelle könnten einen wesentlichen Schub bei  
981 der Gebäudeinstandsetzung bringen und ein Konjunkturprogramm und Jobmotor für das  
982 Handwerk sein.

## 983 **Energiegerechtigkeit für alle**

984 Der Zugang zur Deckung eines angemessenen Energiebedarfs ist ein für uns ein Grund-  
985 recht. Deshalb fordern wir auf Bundesebene Maßnahmen, die es auch Menschen mit sehr  
986 geringem Einkommen ermöglichen, Energie sinnvoll einzusparen, z.B. über Finanzierungs-  
987 modelle für energieeffiziente Geräte, und die Verzahnung von energetischer Modernisie-  
988 rung mit der sozialen Wohnraumförderung. Darüber hinaus wollen wir Gas- und Strom-  
989 sperren für einkommensschwache Haushalte etwa durch Pre-Paid-Zähler oder die Mög-  
990 lichkeit, ohne Aufpreis monatliche Abrechnungen zu erhalten. Wir fordern die regelmäßi-  
991 ge Anpassung der ALG-II-Sätze an die steigenden Energiekosten und setzen uns für eine  
992 aufsuchende Energieberatung ein.

## 993 **100 Modell-Projekte für Mieterstrom**

994 Wir wollen ein Förderprogramm „100 Modell-Projekte für Mieterstrom“. Bisher profitieren  
995 Mieter\*innen nicht von Solaranlagen auf dem Dach ihrer Häuser. Dabei könnte der Strom  
996 aus den Anlagen über Mieterstrommodelle auch Mieter\*innen die Teilhabe an den Vortei-  
997 len der Energiewende ermöglichen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Mieterstrom-  
998 modelle möglich werden und uns auf Bundesebene für die notwendigen gesetzlichen  
999 Änderungen einsetzen, um Mieterstrommodelle einfacher zu gestalten. Um aufzuzeigen,  
1000 welchen Vorteil Mieterstrommodelle mit sich bringen, wollen wir 100 Modell-Projekte un-  
1001 terstützen.

## 1002 **Handwerkerhäuser als regionale Energieinformationszentren**

1003 In den eigenen vier Wänden lässt sich im Durchschnitt rd. ein Drittel Energie einsparen.  
1004 Mit verschiedenen Projekten wurden private Haushalte in NRW bisher mittels Beratungs-  
1005 angeboten sowie Motivationskampagnen für das Energiesparen gewonnen. Es besteht  
1006 weiterhin großer Informationsbedarf über Wärmedämmung, Eigenversorgung, Energieein-  
1007 sparung, Effizienz und Haustechnik. Zusammen mit Handwerkerinitiativen und den Hand-  
1008 werkskammern wollen wir flächendeckend Handwerkerhäuser als Modell-, Ausstellungs-  
1009 und Anschauungsorte zum Erwerb von Energiekompetenz sowie als Anlauf- und Treffpunkt  
1010 für alle, vom Handwerk bis zum Endverbraucher, entwickeln, die zugleich als regionale En-  
1011 ergieinformationszentren fungieren.

## 1012 **Stadtwerke: Rückgrat der Energiewende**

1013 Die Stadtwerke bilden als bürgernahe Unternehmen der regionalen und kommunalen Da-  
1014 seinsvorsorge das Rückgrat der Energiewende. Sie stärken durch ihre Nähe zu den Men-  
1015 schen die Teilhabe und damit die Akzeptanz des Klimaschutzes vor Ort.

1016 Einen wesentlichen Beitrag wird von den Stadtwerken zukünftig durch den notwendigen  
1017 Netz- und Speicherausbau geleistet werden müssen. Dabei kommt insbesondere der Ver-  
1018 teilnetzebene eine besondere und wachsende Bedeutung vor dem Hintergrund einer zu-  
1019 nehmenden Dezentralisierung der Stromversorgung zu. Wir fordern deshalb: Für die Kom-  
1020 munen müssen die rechtlichen Grundlagen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten zur  
1021 Rekommunalisierung der Netze optimiert werden. Zur Erhöhung der Akzeptanz sollen dar-  
1022 über hinaus statt neuer Freilandleitungen im Netzausbau Erdverkabelungen und andere  
1023 innovative Lösungen zum Einsatz kommen. Auch wollen wir die Stadtwerke stärken und  
1024 ihre Handlungsmöglichkeiten mit jenen anderer Energieversorgungsunternehmen gleich-  
1025 stellen, um einen fairen Wettbewerb zu erreichen. Dazu gehören für uns insbesondere  
1026 auch Dienstleistungen im Bereich Intelligente Zähler (Smart Metering), E-Mobilität und  
1027 Energiemanagement.

## 1028 **Der Klimaschutz braucht den Kohleausstieg: Kohlekonsens und** 1029 **Kohleausstiegsgesetz**

1030 Mit der ersten Verkleinerung eines genehmigten Tagesbaus in Deutschland im Fall von  
1031 Garzweiler II haben wir einen wichtigen Schritt zum Abschied von der Kohle gemacht.  
1032 Nun folgen die nächsten konsequenten Schritte. Hierfür benötigen alle Beteiligten Pla-  
1033 nungssicherheit: Unternehmen, Mitarbeiter\*innen, Investor\*innen, Energieversorger und  
1034 die gesamte Zivilgesellschaft. Deshalb treten wir für einen Kohlekonsens ein, der am Ende  
1035 in einem Kohleausstiegsgesetz alle Kohlekraftwerke in Deutschland umfasst. Darin müs-  
1036 sen die Rahmenbedingungen unter Maßgabe der gesetzlich definierten Klimaschutzziele  
1037 und einer sozialverträglichen Ausgestaltung verlässlich definiert werden. Wir suchen den  
1038 Dialog mit allen Menschen und Organisationen, die von einem Kohleausstieg betroffen  
1039 sind, insbesondere mit den Beschäftigten und Gewerkschaften in der Energiewirtschaft, in  
1040 Kraftwerken und in der Zulieferindustrie.

1041 Entscheidend ist: Der Kohleausstieg beginnt jetzt. Der Zielkorridor für die gesetzlich fest-  
1042 gelegten Restlaufzeiten der jeweiligen Kohlekraftwerke soll bundesweit für die nächsten  
1043 zwei Jahrzehnte abschließend definiert werden.

1044 Wir müssen den beschleunigten Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Braunkohle  
1045 forcieren und gemeinsam mit der Region alternative Zukunftsperspektiven auch für die  
1046 Arbeitnehmer\*innen schaffen. Dazu brauchen wir einen konkreten Zeitplan, die genaue  
1047 Bezifferung der Ewigkeitskosten sowie die Gründung einer Stiftung zur Finanzierung der  
1048 Folge- und der Ewigkeitskosten aus dem Braunkohlenabbau. Zudem werden wir prüfen, ob  
1049 und unter welchen Umständen auch auf sogenannte Alte Rechte in der Braunkohle eine  
1050 Förderabgabe erhoben werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rohstoffpreise auch  
1051 die ökologische Wahrheit widerspiegeln.

## 1052 **Innovationsregion Rheinisches Revier**

1053 Die Zahl der im Rheinischen Revier im Städtedreieck zwischen Köln, Mönchengladbach  
1054 und Aachen in der Braunkohle Beschäftigten ist in den letzten Jahren erheblich zurück-  
1055 gegangen. Noch vor 25 Jahren waren hier mehr als 20.000 Menschen beschäftigt, heute  
1056 sind es weniger als 9.000. Gleichzeitig hat sich die Region zu einer der stärksten Wissen-  
1057 schaftsregionen in Deutschland entwickelt. Nicht nur die beiden Exzellenzuniversitäten  
1058 NRWs, in Köln und Aachen, liegen im Rheinischen Revier. In Mönchengladbach, Aachen,  
1059 Köln und Jülich gibt es außerdem sehr leistungsstarke Fachhochschulen und eine große  
1060 Anzahl von Forschungsinstituten.

1061 Die Region hat große Entwicklungspotenziale in den Bereichen Digitalisierung, Solar-  
1062 wirtschaft, Strom- und Speichertechnologien, E-Mobilität, Bioökonomie, klimaneutrales  
1063 Wohnen, Chemie und Logistik. Eingebettet ist dies in unserem Konzept Industrie 4.0 und  
1064 schlägt sich außerdem nieder im Clustergedanken bei der Zusammenarbeit von Hochschu-  
1065 len und Unternehmen. Auch in der Fachkräftesicherung und dem Rück- und Umbau alter  
1066 Industrieflächen zu neuen Innovationsräumen ist es möglich, große Potenziale zu heben.

1067 Damit der Strukturwandel gelingt, fordern wir GRÜNE für das Rheinische Revier die Wei-  
1068 terentwicklung der Kraftwerksstandorte zu Gewerbe- und Industriegebieten mit guter In-  
1069 frastrukturanbindung, die Förderung innovativer Forschung und Weiterführung der Aus-  
1070 gründungen aus Hochschulen, die sich bei den guten Voraussetzungen des Rheinischen  
1071 Reviers aufdrängen, der Forschung im Bereich ökologischer Produkte und Produktionsver-  
1072 fahren sowie den verstärkten Austausch zwischen Hochschule und Wirtschaft im Sinne  
1073 des Clustergedankens.

1074 Wir wollen eine Verständigung über den Kohleausstieg, der Planungssicherheit für die  
1075 Region bringt und seine Stärken als Innovations- und Wissenschaftsregion nutzt, um mit  
1076 Erneuerbaren Energien, Speichertechnologien, Elektromobilität und weiteren zukunfts-  
1077 fähigen Projekten Wirtschaftskraft und Klimaschutz in der Region miteinander zu verbind-  
1078 en.

1079 Wir fordern für die Region eine umweltverträgliche Landwirtschaft, die dazu beiträgt, Re-  
1080 gionalvermarktung zu befördern und die Artenvielfalt wieder zu erhöhen, eine naturnahe

1081 Landschaftsgestaltung, die für Freizeit- und Tourismusaktivitäten attraktiv ist, sowie ein in-  
1082 tegratives Gesamtverkehrskonzept mit Neubau und Reaktivierung von Schienenstrecken,  
1083 einer verbesserten ÖPNV-Taktung, dem Bau von Rad(schnell)wegen und Mobilitätsstatio-  
1084 nen für innovative Verkehrskonzepte mit individuellen Möglichkeiten für eine gute Infra-  
1085 struktur.

1086 Für den unweigerlichen Ausstieg aus der Kohleförderung und -verstromung im Rheini-  
1087 schen Revier in den nächsten beiden Jahrzehnten wollen wir in den kommenden fünf Jah-  
1088 ren die Weichen stellen.

## 1089 **Divestment**

1090 Wir wollen Investitionen des Landes aus fossilen Energien schrittweise abziehen und Fi-  
1091 nanzmittel dort investieren, wo nachhaltige Innovationen stattfinden. Damit nimmt die  
1092 öffentliche Hand ihre Vorbildrolle an. Zugleich geht es auch um die Sicherung der Lan-  
1093 desfinanzen und Pensionen der Beamten des Landes. Denn die Carbon Bubble – die In-  
1094 vestitionsblase, die aus der Unvereinbarkeit von Klimaschutz und Investitionen in fossile  
1095 Energieträger und Technologien entsteht – wird bald platzen, und dann sind die Finanze-  
1096 rungen bedroht. Um finanzielle Stabilität zu wahren, muss Divestment deshalb konsequent  
1097 durchgeführt werden.

1098 Mittelfristig sollen alle öffentlichen Investitionen 100% fossilfrei investiert werden. Zu-  
1099 vor soll die Landesregierung einen Bericht dazu vorlegen, wo in NRW öffentliche Gelder  
1100 noch in fossile Energieträger investiert werden (Landesbanken, Öffentliche Unternehmen,  
1101 Pensionsfonds, Projekte).

## 1102 **Betroffene nicht alleine lassen**

1103 Neben der Klimaschädlichkeit bei ihrer Verstromungen zerstört der Abbau von Rohstoffen  
1104 auch Landschaften, Umwelt und macht Anwohner\*innen oftmals zu Bergbaugeschädigten.  
1105 Wir wollen die Betroffenen nicht alleine lassen, fordern weiterhin, dass die Erweiterung  
1106 der Beweislastumkehr auch für die Braunkohle endlich ins Bundesberggesetz aufgenom-  
1107 men wird und werden uns hierfür erneut auf der Bundesebene einsetzen. Zudem setzen wir  
1108 uns auch zukünftig dafür ein, dass zumindest in der Braunkohle die bergschadensrelevan-  
1109 ten Informationen für die Betroffenen transparent dargestellt werden, damit sie sich bei  
1110 einem Verdacht auf einen Bergschaden informieren können. Die Zusammenführung von  
1111 Schlichtungs- und Anrufungsstelle wollen wir weiter vorantreiben und nach Möglichkeit  
1112 mit dem Salzbergbau ergänzen, damit alle Bergbaubetroffenen eine Anlaufstelle haben.

## 1113 **Gefahren durch die Altlasten des Bergbaus eindämmen**

1114 Der jahrhundertelange Bergbau in NRW hat überall im Land seine Spuren hinterlassen.  
1115 Schächte und Stollen existieren noch heute, sind aber nur zum Teil erfasst und bergen  
1116 daher unkalkulierbare Gefahren. Wir wollen sicherstellen, dass auch die Altbergbautrei-  
1117 benden in NRW durch die Bergbehörde überwacht werden, einheitliche Standards für die

1118 Sanierung von Schächten und Stollen herrschen und die Unternehmen ausreichend Rück-  
1119 stellungen bereitstellen.

1120 In den vergangenen Jahrzehnten sind Abfälle bestehend aus Rückständen von  
1121 Verbrennungs- und Filteranlagen in alten Stollen als so genannter Bergversatz unter Ta-  
1122 ge gebracht worden. Darüber hinaus sind Bergwerksteile aus den 60er bis 80er Jahren  
1123 erheblich mit PCB-haltigen Hydraulikölen belastet.

1124 Mit dem Einstellen der Grubenwasserhaltung besteht nun die Gefahr, dass die im Unter-  
1125 grund befindlichen Stoffe wieder in unsere Umwelt gelangen. Dies gilt es zu verhindern.

## 1126 **Ein neues Bundesberggesetz**

1127 Wir stellen heute nicht nur die Weichen für die Zukunft bei Energiewende und Klimaschutz  
1128 in unserem Land. Gleichzeitig haben wir ein Bundesberggesetz, das schon lange nicht  
1129 mehr unseren Ansprüchen an Bürgerbeteiligung, Bürger\*innenrechte und Umweltschutz  
1130 gerecht wird. Wir fordern deshalb ein umfassend modernisiertes Bundesberggesetz, das  
1131 den von Bergschäden betroffenen Menschen erheblich mehr Rechte einräumt als bisher  
1132 und Umweltschutz berücksichtigt.

## 1133 **Dauerhaftes Frackingverbot nur mit GRÜN**

1134 Umwelt- und Wasserschutz haben für uns GRÜNE oberste Priorität. Die befürchteten Aus-  
1135 wirkungen auf unser Wasser, unsere Umwelt und damit uns Menschen sind hoch und ak-  
1136 tuell nicht einzuschätzen. Auch deshalb lehnen wir die Hochrisikotechnologie Fracking  
1137 ab und haben Fracking im Landesentwicklungsplan in NRW rechtlich ausgeschlossen. Wir  
1138 wollen uns weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Fracking endlich im Bundes-  
1139 berggesetz endgültig verboten wird.

1140 Auch die sogenannte Tektomechanik sehen wir sehr kritisch. Denn nicht alle Probleme  
1141 bei der Erdgasgewinnung werden dadurch gelöst, dass keine Frackflüssigkeit eingesetzt  
1142 wird. Auch bei der so genannten konventionellen Gewinnung von Erdgas treten Umwelt-  
1143 auswirkungen auf, die es zu verhindern gilt: Neben einer erhöhten Erdbebengefahr sind  
1144 teils stark belastetes Lagerstättenwasser, erhöhte Lärmbelästigung und Flächenverbrauch  
1145 sehr kritisch zu sehen, besonders in einem so dicht besiedelten Land wie NRW. Deshalb  
1146 werden wir uns für den Ausbau von Erneuerbaren Energien und nicht für die Ausbeutung  
1147 der letzten fossilen Reserven einsetzen.

## 1148 **Atomausstieg vollständig machen**

1149 30 Jahre nach Tschernobyl hat die Atomkatastrophe von Fukushima nochmals gezeigt:  
1150 Atomkraft ist hochriskant und nicht beherrschbar. In Deutschland sind deshalb nach der  
1151 Atomkatstrophe in Japan acht von 17 Atomkraftwerken stillgelegt worden. Das letzte AKW  
1152 wird Ende 2022 vom Netz gehen. Bisher gibt es allerdings keine Ausstiegsvereinbarung

1153 für die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau. Sie produziert für viele Atom-  
1154 kraftwerke in Europa und weltweit den Brennstoff. Der Atomausstieg in Deutschland wird  
1155 deshalb erst dann vollendet sein, wenn auch kein Uran für die Verwendung in Atomkraft-  
1156 werken mehr angereichert wird, keine Brennelemente mehr produziert werden, das ge-  
1157 scheiterte Hochtemperatur- Atomabenteuer bei der AVR in Jülich und die Reaktorforschung  
1158 im Forschungszentrum Jülich abgewickelt, kurz: wenn auch die atomare Zulieferindustrie  
1159 endgültig beendet sein wird. Wir wollen weiterhin, dass der atomare Müll, vor allem aus  
1160 Jülich, nur noch einmal, nämlich in ein Endlager transportiert wird. Zudem setzen wir uns  
1161 dafür ein, dass für die Entscheidungsfindung, wie mit den nukleare Altlasten in Nordrhein-  
1162 Westfalen umgegangen werden soll, eine Begleitgruppe, ähnlich wie bei der Asse, einge-  
1163 richtet wird.

## 1164 **Bröckelreaktoren vom Netz!**

1165 Wir teilen die berechtigte Sorge vieler Menschen in Belgien, in den Niederlanden und in  
1166 Deutschland vor einer atomaren Katastrophe, die von den unsicheren belgischen Reakto-  
1167 ren in Thiange und Doel auszugehen droht, und wir unterstützen die vielfältigen atomkri-  
1168 tischen Aktivitäten. Die maroden Atomreaktoren müssen endgültig stillgelegt werden. Wir  
1169 fordern von jeder Bundesregierung, sich gegenüber der belgischen Regierung mit Nach-  
1170 druck für die endgültige Stilllegung der Reaktoren einzusetzen. Darüber hinaus sollen die  
1171 bestehenden Städte- und Vereinspartnerschaften für den Atomausstieg in Europa genutzt  
1172 werden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich beispielgebend auf den un-  
1173 terschiedlichsten Ebenen, u.a. durch den Beitritt zur Klage der Städteregion Aachen, für  
1174 die Abschaltung eingesetzt. Diese wollen wir weiter verfolgen und uns für das Abschalten  
1175 der Bröckelreaktoren einsetzen.

## 1176 **NRW – Motor für ein erneuerbares europäisches Energiezeital-** 1177 **ter**

1178 Wir lehnen eine Renaissance der Atomkraft unter dem Deckmantel des Klimaschutzes strikt  
1179 ab. Vielmehr wollen wir darauf hinwirken, das Auslaufen der Betriebszeiten von Atomkraft-  
1180 werken überall in Europa für den Umbau des Energiesystems hin zu einem nachhaltigen  
1181 System ohne Atomkraft auf der Basis erneuerbarer Energien zu nutzen. NRW ist dabei,  
1182 Motor für die Zusammenarbeit der europäischen Regionen mit dem klaren Ziel, den euro-  
1183 päischen Gedanken hin zu einer Europäischen Union die die Gestaltung des postatomaren  
1184 und Erneuerbaren Zeitalters zu einem zentralen Bewährungsfeld erklärt, zu entwickeln  
1185 und weiterzuführen. Statt Atomkraft in Europa brauchen wir eine immer stärker werdende  
1186 europäische Energiewende. Wir können und wir wollen mit unseren Möglichkeiten dort  
1187 Hilfestellung leisten, wo Atomkraft ersetzt wird.

## 1188 **Klimaschutz made in NRW – das wollen wir GRÜNE:**

- 1189 • den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter voranbringen



- 1190 • 50 klimagerechte Regionen und 100 Klimagenossenschaften für NRW schaffen
- 1191 • NRW zum Speicher- und Effizienzland Nr. 1 in Deutschland entwickeln
- 1192 • mit Kohleausstiegsgesetz und Kohlekonsens den Abschied von der Kohle organisieren
- 1193
- 1194 • NRW (extrem-)wetterfest machen
- 1195 • den Atomausstieg vollenden
- 1196 • NRW zum Motor der europäischen Energiewende machen

## 1197 Umwelt, Gesundheit, Gerechtigkeit

1198 Hohe Umweltstandards und gesunde Lebensverhältnisse sind Voraussetzungen für eine  
1199 wirtschaftlich erfolgreiche und sozial verträgliche Entwicklung in NRW. Die Umweltmi-  
1200 nisterkonferenz hat im letzten Jahr festgestellt, dass das „Schutzgut“ Mensch und der im  
1201 Grundgesetz verankerte Grundsatz der Chancengleichheit im Sinne der Gewährung gleich-  
1202 wertiger Lebensverhältnisse als Leitgedanken allen wesentlichen Entscheidungen in der  
1203 Umweltpolitik eigen sein müssen.

## 1204 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

1205 Wir haben 2016 den Masterplan Umwelt und Gesundheit verabschiedet und das Thema  
1206 Umweltgerechtigkeit auf die politische Tagesordnung gesetzt. Nun werden wir uns für  
1207 die konsequente Umsetzung der im Masterplan enthaltenen Ansätze einsetzen, so etwa  
1208 die Verstärkung der Kooperation zwischen Human- und Veterinärmedizin, um die nega-  
1209 tiven gesundheitlichen Auswirkungen der Massentierhaltung und hier insbesondere des  
1210 Antibiotikaeinsatzes zu reduzieren, oder die Schaffung der Voraussetzungen dafür, dass  
1211 innerstädtische Grünflächen so gestaltet und weiterentwickelt werden, dass sie als Be-  
1212 gegnungsraum verschiedener sozialer Gruppen und Generationen einen aktiven Beitrag  
1213 zu mehr Umweltgerechtigkeit leisten können.

1214 Wir werden ein Frühwarnsystem entwickeln, mit dem Entwicklungen, die zu Umweltbeein-  
1215 trächtigungen und damit negativen Folgen für die Gesundheit führen können, frühzeitig  
1216 erkannt werden und so präventiv gehandelt werden kann. Die Umweltpolitik wird konse-  
1217 quent dem Vorsorgeprinzip folgen.

## 1218 Masterplan Umwelt und Gesundheit

1219 Unter schlechten Umweltbedingungen leiden nachweislich eher Menschen in sozial prekären  
1220 Verhältnissen. Sie sind anfälliger für negative Umweltverhältnisse, können sich schwerer  
1221 als andere vor ihnen schützen und partizipieren weniger als andere soziale Gruppen  
1222 aktiv an zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozessen zur Verbesserung ihrer Lebensver-  
1223 hältnisse. Um eine verlässliche Datengrundlage für das gemeinsame Handeln in diesen

1224 Bereichen zu schaffen, etablieren wir eine integrierte Umwelt-, Gesundheits- und Sozi-  
1225 alberichterstattung und bauen Kooperations- und Verwaltungsstrukturen auf, die ein in-  
1226 tegriertes Handeln in Politik und Verwaltung in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und  
1227 Soziales ermöglichen. Wir wollen die Zusammenhänge zwischen Umweltbelastungen und  
1228 sozialer Benachteiligung systematisch aufarbeiten.

## 1229 **Ökologie von unten – Umweltpolitik als Gerechtigkeitspolitik**

1230 Die Verknüpfung von Umwelt, Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit wollen wir weiter  
1231 voranbringen. Umweltgerechtigkeits-Politik wird zu einem Kernanliegen unserer Politik  
1232 werden. Sie zeigt, dass ökologische Politik Sozialpolitik ist: „Ökologie von unten“. Ihr Leit-  
1233 bild sind ökologischere, gesündere und sozial gerechtere Lebensverhältnisse für alle in  
1234 einer lebenswerten Welt.

1235 Die Beschädigung von Umwelt und Natur, die auf die Gesundheit der Menschen und insbe-  
1236 sondere der in sozial prekären Verhältnissen lebenden Menschen unmittelbar wie mittel-  
1237 bar durchschlägt, zieht volkswirtschaftliche Konsequenzen in erheblichem Umfang nach  
1238 sich. Das heißt umgekehrt: Die Vermeidung oder Behebung von Umweltschäden führt zur  
1239 Vermeidung oder Begrenzung dieser Folgekosten.

## 1240 **Nachhaltiges NRW**

1241 Mit der 2016 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie haben wir eine gute Grundlage ge-  
1242 schaffen, um das Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung in der Landespolitik und der  
1243 Zivilgesellschaft fest zu verankern. Wir orientieren uns dabei an den globalen Zielen der  
1244 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und stellen uns bewusst unserer internationa-  
1245 len Verantwortung. Nun gilt es, die notwendigen Schritte zu gehen, um die mittel- und  
1246 langfristigen Ziele z.B. beim Klimaschutz, der Energiewende, dem Schutz der Biodiver-  
1247 sität und der Landwirtschaft zu erreichen. Wohlstand und Lebensqualität können nicht  
1248 mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gleichgesetzt werden. Deshalb wollen wir  
1249 Wohlstand künftig anders messen und neben dem BIP auch ökologischen Fußabdruck,  
1250 Verteilung und Zufriedenheit erfassen. In einem Index-System soll darüber regelmäßig  
1251 berichtet werden.

## 1252 **Nachhaltigkeitsstrategie partizipativ umsetzen**

1253 Für eine erfolgreiche Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie setzen wir auf eine syste-  
1254 matische Beteiligung des Landtags und der gesellschaftlichen Akteur\*innen. Der Landtag  
1255 soll sich in Zukunft an der Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen und Verordnungen, die  
1256 von der Landesregierung zum Ende der Wahlperiode eingeführt wurde, beteiligen. Über  
1257 einen Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung, in dem wichtige gesellschaftliche Kräf-  
1258 te eingebunden werden, sollen die bisherigen Partizipationsprozesse auf eine feste Basis  
1259 gestellt werden.

1260

1261 **Nachhaltiges NRW – das wollen wir GRÜNE:**

- 1262 • Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen und Verordnungen stärken
- 1263 • die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie partizipativ umsetzen und durch einen Beirat stär-
- 1264 ken.
- 1265 • nachhaltigen Wohlstand und Lebensqualität messen und dokumentieren

**Antragsteller\*innen**

Landesvorstand